

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 44 Seiten

Die Weltherrschaft im Drogenhandel

2

Wann realisiert Bern die Warnsignale?

13

Die hippen Grünliberalen

28

Denkmal von Guillaume Henri Dufour in Genf
Bild: Barbara Steinemann, Watt-Regensdorf ZH



Mitten unter uns

Die Weltherrschaft im Drogenhandel

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Albanien exportiert zwei Produkte: Drogen und Gewalt. Und dies sehr erfolgreich. So erfolgreich, dass das deutsche Bundeskriminalamt vor einer albanischen Weltherrschaft im Drogenhandel warnt. Diese scheint bereits Tatsache zu sein. Drei Faktoren haben den weltweit rasanten Aufstieg der albanischen Mafia begünstigt: eine mittelalterliche Clan-Struktur, die geografische Situation Albaniens und die Weltpolitik, insbesondere im Kosovo.



Es existieren rund zwanzig Albaner-Clans mit internationalen Ablegern im Ausland. Zwei Gruppen buhlen um die Vorherrschaft, die eine aus Albanien, die andere aus dem Kosovo. Oft bekämpfen sie sich, doch meistens kooperieren sie. Das grossangelegte Drogengeschäft wird ergänzt durch Waffenhandel, Schleusen von illegalen

Migranten aus Zentralasien (insbesondere aus Afghanistan), Frauenhandel für Bordelle in ganz Europa und industriell organisierte Einbruchserien. Ein Krebsartig wucherndes Gewerbe, welches sich wie eine Amöbe global ausbreitet und sich durch schwere Kriminalität ernährt.

Die Clans bestehen ausnahmslos aus Mitgliedern von Grossfamilien, allesamt verwandt und verschwägert. In einen Clan wird man nicht aufgenommen, man wird hineingeboren. Die hermetisch abgeschlossene Gemeinschaft richtet sich nach dem Ehrenkodex aus dem Mittelalter, dem Kanun. Der Kanun sieht ewige Blutrache vor, falls er gebrochen wird. Blutfehden gelten für die Ewigkeit. Dies garantiert Stillschweigen gegenüber der Justiz, denn man möchte die eigene engere Familie nicht der ewigen Blutrache aussetzen.

Der Ursprung

Als Albanien bis zum Fall der Mauer noch als eine Art Nordkorea im Balkan vom Diktator Enver Hoxha

regiert wurde – abgeschlossen, verarmt und streng marxistisch – war der vorwiegend von Albanern bewohnte Kosovo ein Anhängsel des ehemaligen Jugoslawien. Die umkämpfte Loslösung aus dem von Serbien beherrschten jugoslawischen Kontext erforderte viel Geld für Waffenkäufe. Geld, welches gemäss internationalen Studien zur Hälfte aus dem Drogenhandel beschafft wurde.

Die damalige bewaffnete Rebellengruppe UCK, welche ihren Sitz im Exil in der Schweiz hatte, war massgeblich an sämtlichen eingangs erwähnten kriminellen Aktivitäten beteiligt. Grosse Geldflüsse wurden damals via Schweiz durch albanische Wohltätigkeitsorganisationen zur Kriegsfinanzierung kanalisiert. Die Schweiz schaute nichtsahnend oder schweigsam dulgend zu. Ehemalige UCK-Kämpfer bilden heute die Hauptstruktur der Polizei im Kosovo und sind sehr präsent im politischen System. Die Böcke wurden zu Gärtnern, geopolitisch vom grossen atlantischen Bruder USA und der Nato beschützt.

Die Diaspora

Albaner gibt es auf der ganzen Welt. In Italien lebt eine halbe Million, in Deutschland sind es 300'000, in Frankreich 120'000, in England 48'000, in Spanien 23'000, und in den USA gibt es in der Gegend von New York grosse Gemeinschaften, ebenso in Sydney und Adelaide. Doch in keinem Land ist ihre Zahl grösser im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl als in der Schweiz. Die Gesamtzahl der hierzulande lebenden Personen albanischer Abstammung (inklusive Eingebürgerte) wird aktuell auf 200'000

Maria Wegelin
in den Nationalrat

Für eusi Heimat,
für eusi Schwiz,
für eusi Chind!

www.maria-wegelin.ch

Liste 1
In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

2 x
auf Ihre
Liste

Für Züri in Nationalrat!

**Wasser bringt
Bärns Mühle in
Schwung!**

www.urs-waser.ch

Urs Waser

Liste 1

geschätzt; die meisten stammen aus Nordmazedonien und dem Kosovo. Sind sie alle Mitglieder von kriminellen Clans? Nein, das nicht. Dennoch häufen sich die Probleme. Der Drogenhandel in der Schweiz wird gemäss Schätzungen von Experten zu siebzig Prozent von den albanischen Clans beherrscht. Ihre Hochburgen sind die Kantone Zürich, Basel-Stadt, Genf, Thurgau und Luzern.

Jürg Wobmann, Chef der Luzerner Kriminalpolizei, meinte kürzlich in den Medien: «Die Zunahme der organisierten Kriminalität im Kanton Luzern bereitet uns Sorge. Es breiten sich kriminelle Gruppierungen aus, die sich abschotten und in Parallelgesellschaften leben.» Es dürfte jedem klar sein, auf welche Gruppierungen er sich bezieht, denn in Luzern hat ein Novum stattgefunden: Die albanische Mafia kooperierte eng mit einem lokalen Motorradclub bei der Verteilung von schwerer Drogen.

Jörg Wobmann weiter: «Die erwirtschafteten Gelder aus den kriminellen Aktivitäten werden in den Schweizer Wirtschaftskreislauf eingebracht. Sie werden vornehmlich in Immobilien, Kleinbetriebe, Restaurants und den Autohandel investiert.» In der Tat habe ich mich schon oft gefragt: Was sollen all die leerstehenden Barber-Shops in diversen kleinen Schweizer Gemeinden?

LACHEN VERBOTEN!



Die andere Sicht: Ein Radfahrer ist eine Katastrophe für die Wirtschaft des Landes. Er kauft keine Autos und leiht sich kein Geld, um eines zu kaufen. Er zahlt keine Versicherungspolice, kauft keinen Treibstoff, gibt nichts aus für die notwendigen Reparaturen, benutzt keine kostenpflichtigen Parkplätze, braucht keine mehrspurigen Autobahnen und wird nicht fettleibig. Gesunde Menschen kaufen keine Medikamente, gehen nicht in Krankenhäuser und verlangen keine ärztliche Versorgung. Im Grunde genommen tragen sie nichts zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) ihres Landes bei.

Der Griff zur Weltherrschaft im Drogenhandel

Albanische Familienclans beherrschen dank der Diaspora im Ausland die Drogeneinfuhr mit Schiffskontainern über die wichtigsten Häfen Europas. Dies sind Rotterdam, Hamburg, Antwerpen, Piräus und Algeciras (Südspanien). Sie sind militärisch organisiert und zeichnen sich durch eine extreme, kaltblütige Brutalität aus. Innerhalb weniger Jahre haben sie lokale kriminelle Banden verdrängt. Albanische Mafiosi reisen kreuz

Fortsetzung auf Seite 4

Asylrealität Schweiz

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



und quer durch die Welt und benutzen eine Vielzahl von Identitäten, welche in Albanien für fünfzig Euro erhältlich sind – im legalen Passbüro ausgestellt. Doch die Einfuhr und Verteilung von Drogen wie Heroin, Kokain, künstlichen Drogen und Cannabis genügt der albanischen Mafia nicht. Sie will eine vertikale Integration des Geschäfts d.h. die Kontrolle auch über die Anbaugelände in Südamerika und Zentralasien.

Ausbreitung in Südamerika

Es tönt unglaublich, doch die albanische Mafia hält bereits einen ganzen Staat in Südamerika als Geisel. In Ecuador wurde neulich der oppositionelle Präsidentschaftskandidat ermordet. Er wollte mit der dortigen albanischen Mafia aufräumen, welche mittlerweile 10'000 lokale Schwerstkriminelle befehligt und den Ausfuhrhafen Guayaquil als Hauptexporthafen für Kokain kontrolliert. Von Ecuador aus expandiert die albanische Mafia nach Kolumbien, dem weltweit grössten Kokain-Produzenten.

Neulich wurden Delegationen der kolumbianischen Drogenkartelle bei Feierlichkeiten im albanischen Hafen von Durres gesichtet. Dabei spielt sich ein klassisches Szenario ab: Was als lose Kooperation zwischen Mafiaorganisationen anfängt, endet in der totalen Kontrolle durch die viel besser organisierten Albanerclans.

-«Organisationstalente»

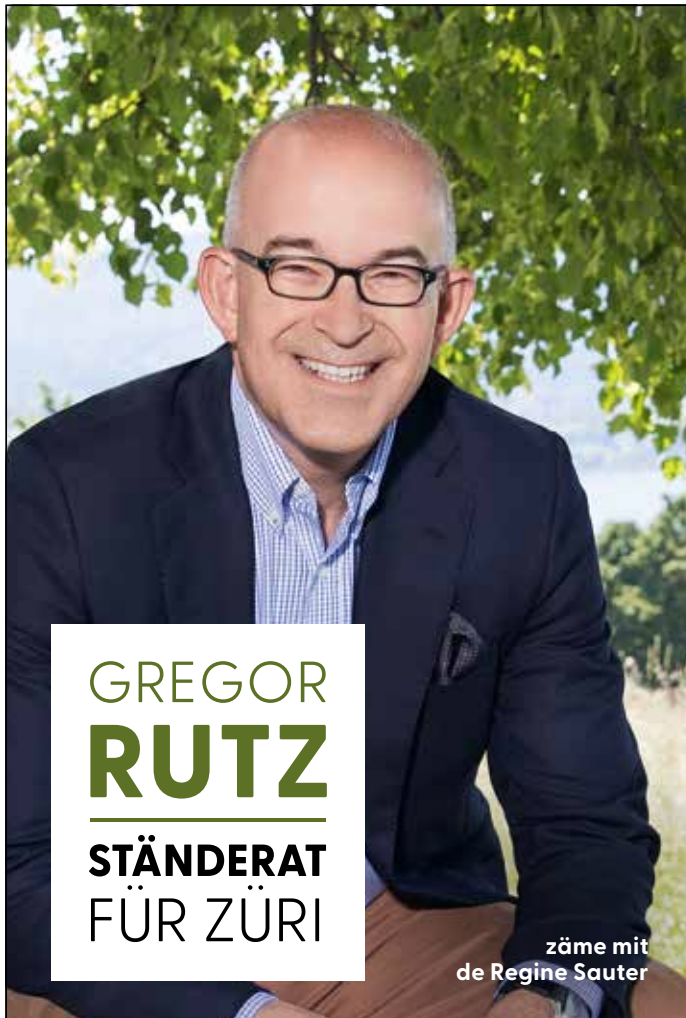
Historisch gesehen spielten die Albaner, obwohl durch das ottomanische Imperium kolonisiert, in der Verwaltung und Organisation des türkischen Grossreiches eine immens wichtige Rolle. Sowohl die Elitetruppen des Sultans, die sich durch besondere Grausamkeiten auszeichneten, als auch die Janitscharen sowie eine Vielzahl der Wesire, Minister und Berater des Königshofes in Istanbul waren Albaner.

Das durchaus historisch vorhandene «Organisations-talent» und die rücksichtslose Brutalität dürfen also in der heutigen Zeit weder unterschätzt noch blauäugig in Kauf genommen werden.

Das Geschäft des Jahrhunderts

Nach Schätzungen der Uno werden mit dem Drogenhandel weltweit jährlich weit mehr als 300 Milliarden Euro verdient. Wenn nun die albanische Mafia einen Grossteil des Geschäfts kontrolliert, kann man sich unschwer vorstellen, über welche finanzielle Macht sie verfügt. Es sind dies Gelder, die auf ein geschwächtes Finanzsystem mit teilweise krisengeschüttelten Banken treffen. Der nächste Schritt wurde bereits «probe-wise» vollzogen – der Erwerb verschiedener kleiner Banken im Vereinigten Königreich durch Strohmänner der albanischen Mafia.

Isabel Villalon



«Im Ständerat braucht es intelligente Politiker, welche die Dossiers kennen und vernetzt denken können. Gregor Rutz bringt diese Voraussetzungen mit: Er hat grosse politische Erfahrung und eine klare liberale Linie. Er wäre ein Glücksfall für Zürich im Ständerat!»

Ueli Maurer
alt Bundesrat

22. Okt.:
Gönd go
wähle!

Komitee «Gregor Rutz – Ständerat für Züri» –

Postfach 470 – 8702 Zollikon – rutz-fuer-zueri.ch

Co-Präsidium: Matthias Baumberger, alt Gemeinderat
Mitte – Linda Camenisch, Kantonsrätin FDP – Rita Fuhrer,
alt Regierungsrätin SVP – Dr. Andreas Honegger, alt
Kantonsrat FDP – Filippo Leutenegger, Stadtrat FDP –
Ueli Maurer, alt Bundesrat – Natalie Rickli, Regierungsrätin
SVP – Marianne Zambotti-Hauser, Präsidentin
Gewerbeverband Bezirk Meilen



Churz & Bündig

Die EU-Kommission schliesst die Schweiz vom europäischen Stromverbund aus – als von Ursula von der Leyen durchgesteuerte Strafaktion, weil sich unser Land nicht via Rahmenvertrag der herrschsüchtigen EU-Potentatin zu Brüssel unterwerfen will. Das Verdikt trifft die Schweiz, Wasserschloss und Drehscheibe für die Stromversorgung aller europäischen Länder, keineswegs existenzbedrohend – sofern sie überlegt dafür sorgt, dass die eigenen Stromreserven immer ausreichen.

Indessen hat die von Brüssel geschmähte Schweiz im vergangenen Winter von Laufenburg aus mindestens viermal einen Deutschland unmittelbar bedrohenden Zusammenbruch der gesamten Stromversorgung abgewendet. Die Schweiz, Ziel der infantilen Strafaktion von der Leyens, hat Deutschland bereits die Zusicherung gegeben, man werde, wenn auch vom europäischen Stromverbund ausgeschlossen, in einer Notsituation Deutschland auch künftig beistehen. – Wer handelt da europäischer: Die dem Nachbarland Hilfsbereitschaft zusichernde Schweiz oder die gekränkte, einfältig stämpfelnde Straf-Erfinderin zu Brüssel, die Deutschland eher einen totalen Blackout zumutet, als dass sie einem konstruktiv handelnden Nichtmitglied Eigenständigkeit und Eigenverantwortung zuzugestehen bereit ist?

*

In den letzten zwanzig Jahren wurden in der Schweiz mehr als hunderttausend Asylbegehrende infolge fehlenden Anspruchs auf Asyl (sie konnten keinerlei Verfolgung geltend machen) zu «vorläufig Aufgenommenen» erklärt. Von Rechts wegen hätte man sie ins Herkunftsland zurückweisen müssen.

Im gleichen Zeitraum wurde für achthundert Ausländer (also für deutlich weniger als ein Prozent) die «vorläufige Aufnahme» beendet. Ebenfalls im gleichen Zeitraum wurden siebentausend abgewiesene, faktische Asylbetrüger eingebürgert. Zahlen, die der Bundesrat bestätigt.

US

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Marxisten-Geschwätz



Wieder einmal wird der sich als Marxist und Historiker etikettierende, verbissene Klassenkämpfer Jakob Tanner von den Medien der Tages-Anzeiger-Gruppe als «Experte» beigezogen – zur Kommentierung der vor genau 175 Jahren Tatsache gewordenen Schweizerischen Bundesverfassung.

Klassenkämpfer Tanner diffamiert diese Verfassung – weil aus seiner Sicht wohl allzu weit vom «Kommunistischen Manifest» der Herren Marx und Engels abweichend: Sie sei ein die politische Dominanz der Wirtschaftsliberalen zementierendes Diktat und habe dem Zürcher Unternehmer Alfred Escher freie Bahn geschaffen, die Schweiz als «turbokapitalistische, international vernetzte Industrienation» zu nutzen. Als hätten an dem von Escher gegründeten Polytechnikum (Vorläufer der ETH) nur Reiche studieren können. Als hätte der von Escher mit dem Bau der Gotthardbahn markant ausgebauten Eisenbahnverkehr nur Reiche befördert, als hätte die von Escher gegründete Kreditanstalt nur Reiche als Kunden zugelassen...

Mit seinem äusserst vielseitigen, der modernen Schweiz Bahn schaffenden Wirken hat Escher damals ganz anderes ermöglicht: Die Entstehung eines im Vergleich zum monarchisch orientierten Europa sehr breiten Mittelstands. Und dieser unternehmerische Mittelstand schuf im unwirtlichen Gebirgsland ohne Meeranstoss eine Volkswirtschaft, wie sie der Schweiz niemand im entferntesten zugetraut hätte.

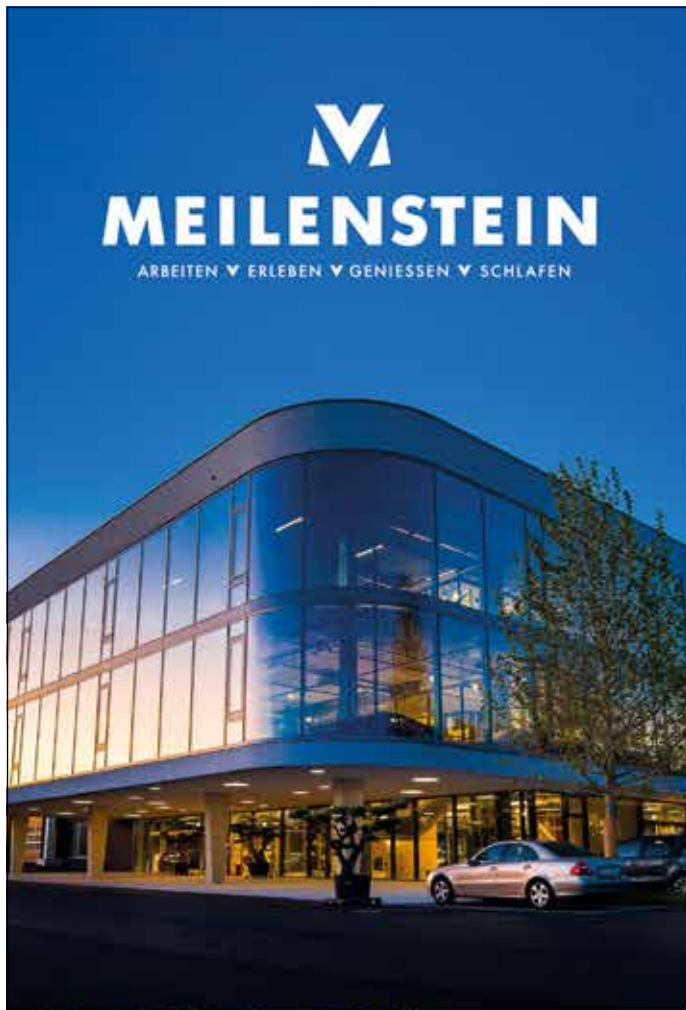


Die Verfassungs-Erschaffer Ulrich Ochsenbein und Jonas Furrer zu schmähen, weil sie die Direkte Demokratie (noch) nicht verwirklicht hätten, entlarvt Tanner als kleinkarierten Ideologen: Die Schweizer Bundesverfassung ermöglichte Entwicklung – in radikalem Gegensatz zu den von den Monarchien in Europa als «heilig» und damit unverrückbar zementierten Gesellschaftsordnungen. Weil die neue Bundesverfassung Veränderungen in der Gesellschaft aufnehmen konnte, ermöglichte sie dem wachsenden, Verantwortung tragenden Mittelstand, ja allen erwachsenen Bürgern sechsundzwanzig Jahre nach ihrer Erschaffung den Zugang zur politischen Mitgestaltung in Form der Direkten Demokratie. Auf friedlichem Weg – ohne Revolution!

Das ist das Einzigartige, das von dieser ersten entwicklungsfähigen Verfassung ausging.

Marxistischen Betonköpfen bleibt solche Besonderheit fremd. Weil sie der Zementierung von Macht bei Funktionären des von ihnen angebeteten Sozialismus alles zu unterwerfen bereit sind.

Ulrich Schlüer



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



«Brutkasten für öffentlich-rechtlichen Kommunikationsraum»

SRG will Twitter links überholen

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die SRG will eine Twitter-Alternative auf den Markt bringen. Das neueste Gadget des Schweizer Farbfernsehens hört auf den Namen «Public Spaces Incubator». Es wird woke, aber kein Erfolg.



Das Projekt hört auf den sperrigen Namen «Public Space Incubator», auf Deutsch etwa «Brutkasten für öffentlich-rechtlichen Kommunikationsraum». Es wird von vier zusammengewürfelten Staatsrundfunkanstalten finanziert. Neben der SRG haben das ZDF, CBC aus Kanada und Belgien eine Organisation namens New_Public beauftragt. Ziel sei es, «innovative Lösungen zu entwickeln und zu testen, die einen offenen und respektvollen Online-Dialog über Themen von öffentlichem Interesse fördern, frei von Hass oder Mobbing».

Zensur auf Staatskosten

Der Ton bei der SRG ist ähnlich wolzig: Man wolle keine Twitter-Kopie (heute: X), sondern «den Dialog mit den Bürger:innen fördern und damit den demokratischen Diskurs unterstützen». Und Gilles Marchand, SRG-Generaldirektor mit über 500'000 Franken Jahresgehalt, meint salbungsvoll, man suche «nach Lösungen, um mit den Menschen im Land einen Dialog zu führen». Wohin die Reise geht macht er dann aber sofort klar: «Hate Speech hat keinen Platz. Das Ziel ist es, den demokratischen Diskurs zu stärken». Im Klartext: Das Social Media-Projekt wird ein Ort linker Ideologie, gewohnt woke, ein Hort der Zensur. Natürlich auf Staatskosten, was bei einem Budget von über 1,5 Milliarden Franken kein Problem ist.

Totalitäre Ansichten

Dafür sorgt auch die Projektorganisatorin «gemeinnützige Organisation New_Public». Was an ihr «gemeinnützig» sein soll, ist allerdings schleierhaft. Kopf und Gründer von New_Public ist nämlich ein Amerikaner, der Geld für linke und extrem linke US-Kandidaten sammelt. Seine Ansichten kann man gut und gerne totalitär nennen: Er findet, man müsse Google und Facebook danach «beurteilen, ob sie in unserem gesellschaftlichen Interesse handeln. Und wenn sie das nicht tun, müssen wir sie an ihre Bürgerpflichten erinnern». Leute, die Private an ihre «Bürgerpflichten erinnern» wollen, wenn sie mit ihrem Meinungsäusserungen nicht «im gesellschaftlichen Interesse handeln», hatten mit Sicherheit auch Sympathien für die sowjetischen Straftatbestände «antisowjetische Agitation und Propaganda» und «Staats- und Gesellschaftsordnung des Sowjetregimes verleumdende Behauptungen».

SP: «Verkommen»

Auf linker Seite ist denn auch die Begeisterung entsprechend gross. Jon Pult, SP-Nationalrat und Präsident der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, verteidigte die SRG-Idee Anfang Jahr vehement: «Solche Projekte gehören klar zum Auftrag der SRG. Dass die SVP gegen dieses Projekt schiesst (...) zeigt, wie politisch verkommen einige Vertreter dieser Partei sind.» Jon Pults gehässige Reaktion zeigt, wie stark sich Linksgrün mit dem linken Staatssender identifiziert. Ob allerdings die Zwangsgebührenezahler auf eine weitere linksideologische Plattform gewartet haben, von der sie dann zensiert werden, ist mehr als fraglich.

Ich wette vielmehr, dass aus dem Public Space Incubator ein teurer Service Public-Rohrkrepierer wird. Übungsabbruch und Sparen wären also angesagt. Darum: 200 Franken sind genug!

Hermann Lei

Engagiert für Landwirtschaft,
Ernährung & Umwelt.

Martin Haab
2x auf ihre Liste

martinhaab.ch

Leserbriefe

Quittung mit dem Wahlzettel ausstellen!

Nun präsentieren uns die Stromfirmen die Rechnung: Ab 2024 bezahlen wir durchschnittlich mindestens 18 Prozent mehr für die Elektrizität; dies, nachdem wir schon 2023 zum Teil happige Erhöhungen hinnehmen mussten. Kurz nach der Abstimmung zum Energiegesetz am 18. Juni 2023 war noch von zehn Prozent die Rede. Wenn es so weitergeht mit den quartalsweisen Ankündigungen, könnte der mittlere Preisaufschlag sogar über dreissig Prozent betragen.

Die Gegner des «Stromfressergesetzes», vorab die SVP, haben eindringlich gewarnt vor dieser Entwicklung. Gleichzeitig fahren vor allem die grossen Stromkonzerne (Axpo, Alpiq, BKW) sehr hohe Gewinne ein, die sie angeblich dem Stromhandel verdanken. Sie wollen jedoch nichts davon an die Konsumenten weitergeben, obwohl sie mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören und vom Staat via Notrecht teilweise noch Milliarden schwere Sicherheitsgarantien erhielten, falls der Stromhandel «in die Hosen» gegangen wäre. Es dürfte daher auch nach 2024 mit für die Normalverdiener und die Wirtschaft sehr hohen Energiepreisen weitergehen. Fazit: Lassen wir uns von dieser missratenen Energiepolitik nicht mehr länger in die Irre führen, sondern

stellen wir mit dem Wahlzettel am 22. Oktober die erste Quittung aus an Linksgrün, Mitte und FDP, die uns am 18. Juni 2023 offensichtlich angelogen haben.

Robert Furrer, Oberkirch LU

Appell zum 22. Oktober

Vor allem wegen der unkontrollierten Zuwanderung leidet unser Land immer mehr an Wohnungsnot und an Landschaftszerstörung durch die massive Bautätigkeit für Gebäude, Strassen und Bahn. Die Preise steigen und die Kriminalität (Drogenhandel, Gewaltdelikte, Einbrüche, Gewalt gegen Frauen) mehren sich. Respektlosigkeit und Gewalt gibt es zunehmend auch an vielen Schulen. Die illegale Zuwanderung bringt uns bald eine 10-Millionen-Schweiz; viel zu viel für unser kleines Land. Die Zuwanderungs-Initiative wurde vor allem durch linke und grüne Parteien, aber leider auch durch angebliche Bürgerlich, bekämpft. Aber nach und nach sollten es doch alle merken, dass es so nicht weitergehen kann. Auch die rot-grüne Klima-Hysterie muss wieder der Vernunft Platz machen. Darum brauchen wir jetzt in der Regierung und in den Räten Leute, welche die Probleme ernsthaft angehen und nicht noch neue schaffen. Werfen Sie deshalb am 22. Oktober die SVP-Liste in die Urne; im Thurgau ist es die Liste 14. Ich setze zudem Judith Ricklin 2x auf diese Liste.

Hans Meyer, Kreuzlingen TG

**Für eine sichere,
freie und unab-
hängige Schweiz!**

**2x
auf Ihre
Liste**



In den **Ständerat:**
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter



Wieder in den Nationalrat

Alfred Heer

erfahren – kompetent – hartnäckig

Jugendbanden im Lande



Frankreich: Experten der Bereiche Soziales, Polizei und Justiz sagen, dass Frankreichs Werte nichts mehr gelten. Vor Jahren versanken die Banlieus (Vorstädte) in Wogen von Gewalt, Radikalisierung und Islamisierung mit Ausnahmezustand, Ausgangssperre, Unsicherheit. Es gab Banden-Terror in 274 Gemeinden, 10'000 abgeackelte Autos, 233 öffentliche und 74 private beschädigte oder angezündete Gebäude. 12'000 Polizisten, viele von ihnen wurden verletzt, waren im Dauereinsatz. Szenen aus einem Drittweltland? Nein, aus dem Pariser Migrantengheto Clichy-sous-Bois. Als drei Jugendliche von Banden erschossen wurden, dokumentierte sich des Staates Hilflosigkeit in der schwachsinnigen Aussage des Innenministers: «Keine Panik – der Dreifachmord ist nur ein «Reglement de compte», die Begleichung offener Rechnungen im Drogenmilieu!» Wer all dies auslöste, weiss man. Und heute? Die Zeitung «Le Monde» berichtet: «Die Armut verschärft sich, der Drogenhandel blüht, und die religiöse Radikalisierung explodiert.»

Deutschland: Das Massenblatt «BILD» listet sechs städtische Bahnhofsregionen auf, die der deutsche Bürger abends meiden soll: Berlin, Hamburg, Köln, Hannover, Stuttgart und Nürnberg.



Schweiz: In Opfikon-Glattbrugg tragen zwei verfeindete eritreische Migrantengruppen ihren blutigen Kampf aus. Ein Grossaufgebot der Polizei ist nötig, um die innere Sicherheit zu bewahren. Schweizer Polizeistellen bekunden Mühe, die Gewaltexzesse aktiver Gangs einzudämmen. Banden in Genf, Lausanne, Neuenburg, Basel, Zürich, Aigle und Neuenburg propagieren öffentlich ihre «Kriegsdoktrin»: «Möglichst brutal, damit der Feind aufhört!» Der «Feind» ist die konkurrierende Gang. Hiesige Gangs benennen sich gern nach Postleitzahlen. Dirk Baier, Leiter Kriminalprävention an der Zürcher Hochschule: «So markieren sie ihr Gebiet. Der Schweizer ist nur noch geduldet am eigenen Wohnort, weil da (oft ausländisch besetzte) Jugendgangs den Tarif durchgeben.

Selbstkritik: Man nahm es für bare Münze, als die Gutmenschen von Links bis Grün uns weismachten, sie holten Fachkräfte ins Land. Doch statt beste Köpfe strömten Bildungsferne oder gar Analphabeten direkt ins Schweizer Sozialsystem.

Daniel Favre, Leiter Prävention der Neuenburger Polizei: «Wir müssen eingreifen, bevor es zu spät ist!» Frage: Ist es nicht schon zu spät?

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Wieder
in den
Nationalrat



- Keine 10-Millionen-Schweiz
- Für den Erhalt der Unabhängigkeit und direkten Demokratie
- Für eine sichere Schweiz
- Für eine gesunde Wirtschaft



Thomas
MATTER
Gregor Rutz in den Ständerat!

thomasmatter.ch

Liste 1



Zürcher Volksinitiative



**Stopp Prämien-
Schock:**

Für eine automatische
Entlastung bei den
Krankenkassenprämien

**Wer tiefere Krankenkassenprämien will, wählt im Kanton Zürich
Paul Mayer und Stefan Schmid in den Nationalrat!**



Wichtig:
Paul Mayer und
Stefan Schmid
müssen je
2x auf Ihrer Liste
für den Nationalrat
stehen!



Stefan
Schmid

Paul
Mayer

In den Nationalrat

Sie spüren es sicher auch: **die Krankenkassenprämien steigen und steigen.** Deshalb haben Paul Mayer und Stefan Schmid zusammen mit einem überparteilichen Komitee die **Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock»** ins Leben gerufen. Der Lösungsansatz ist einfach und wirkungsvoll: **Steigen die Krankenkassenprämien, steigt im gleichen Umfang auch der Steuerabzug.**

Unterschriftenbogen bestellen: Mittelstand-entlasten.ch



In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1



Hoffentlich nur ein temporärer Sieg

Bürgerliche Kantonsräte irren



Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küssnacht ZH

Der Kantonsrat hat eine Motion (KR-Nr. 157/2022) der Kantonsräte Zeugin (GLP, inzwischen zurückgetreten), Scheck (SVP) und Kläy (FDP) mit 94:72 Stimmen überwiesen. Sie verlangt nur noch eine – grundsätzlich als Kollegialgericht tagende – kantonale Gerichtsinstanz in Steuerverfahren. Die Regierung hat nun zwei Jahre Zeit für Bericht und Antrag. Eine allfällige Gesetzesänderung bedarf einer Verfassungsänderung (Volksabstimmung), denn der Grundsatz des doppelten Verfassungszuges ist in der kantonalen Verfassung (Artikel 77) verankert.



Die Motionäre argumentieren, es gebe heute in Steuerangelegenheiten vier Instanzen – Kantonales Steueramt, StRG (Steuerrekursgericht), VG (Verwaltungsgericht) und BG (Bundesgericht). Vor Inkrafttreten des Steuerharmonisierungsgesetzes des Bundes habe das BG die Steuergesetze als kantonales Recht nur auf Willkür geprüft. Die Steuerharmonisierung habe aber in den letzten zwanzig Jahren dazu geführt, dass das BG in Steuerfragen in der Regel mit voller Kognition (Möglichkeit auf Überprüfung auf Rechtsverletzungen, falsche Sachverhaltsverletzungen und Unangemessenheit) urteile. Ein vierstufiger Instanzenzug sei deshalb nicht mehr zeitgemäss. Die Mehrheit der Kantone kenne nur eine einzige kantonale Gerichtsinstanz in Steuerfragen, deren Entscheide direkt am BG angefochten werden können.

Da der Sachverhalt durch die Steuerbehörden in einem ausführlichen Einschätzungs- und Einspracheverfahren ermittelt und anschliessend rechtlich gewürdigt werde, seien zwei anschliessende Gerichtsinstanzen (das kantonale VG und das BG) ausreichend. Mit einer Reduktion auf *eine* kantonale Instanz würden die Steuerverfahren beschleunigt und die Kosten für Steuerpflichtige gesenkt.

Heute werden am StRG und am VG Steuerfälle bis zu einem Streitwert von 20'000 Franken einzelrichterlich entschieden. Die Motionäre verlangen, dass neu die Zuständigkeit des Kollegialgerichts ausgebaut werden soll, indem diese Schwelle deutlich gesenkt oder abgeschafft wird, was zu einer Stärkung des Rechtsschutzes führe. Die daraus resultierende Notwendigkeit eines substantiellen Personalausbaus am VG erwähnen die Motionäre nicht.

Die Gegner, die Ratslinke, argumentieren wie es von strammen Bürgerlichen zu erwarten wäre: Beim Wegfall einer Instanz werde der Rechtsschutz der Rechtssuchenden empfindlich eingeschränkt. Die heutige Regelung mit voller Kognition beim StRG und mit eingeschränkter Kognition mit Novenverbot auf Stufe VG (Noven: Tatsachen und Beweismittel, welche erst nach dem Ende der Hauptverhandlung des erstinstanzlichen Verfahrens entstanden sind) sei angemessen und habe sich bewährt. Bei diesem Geschäft nimmt die Ratslinke klassische Positionen der Ratsrechten ein, während die Bürgerlichen geradezu

missionarisch einen Bürokratieabbau fordern. Es ist zu hoffen, dass sie mit der Überweisung der Motion nur einen temporären Pyrrhussieg eingefahren haben. Warum? Richterstellen werden meist im Proporz, also gemäss Parteienstärke im Parlament, besetzt. Derzeit gibt es keine klaren Mehrheiten im Kantonsrat; Bürgerliche und Linke halten sich in etwa die Waage.

Geht man von der Möglichkeit aus, dass sich in absehbarer Zukunft auch im Kantonsparlament (und nicht nur in den Parlamenten der grossen Städte im Kanton) eine eindeutige Linksmehrheiten bildet, wäre ein aus dieser Motion resultierendes Gesetz als klassischer «Schuss ins eigene Knie» von SVP und FDP (die GLP ist keine bürgerliche Partei) zu betrachten. Denn in Zukunft würde eine Mehrheit linker Richter «richten», und dies auch noch auf einem verkürzten Instanzenweg.

Hans-Peter Amrein

Militärische Führungskompetenz im Nationalrat



bisher

Beni
Fischer

Tobias
Weidmann

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1

SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Masseneinwanderung

Seit 2007 sind über eine Million Menschen in die Schweiz eingewandert – fast dreihunderttausend davon in den Kanton Zürich. Die Zürcher spüren die negativen Konsequenzen dieser unregulierten Bevölkerungsexplosion täglich: Überfüllte Züge und Strassen, Wohnungsnot sowie Fachkräftemangel sind nur einige davon. Die SVP setzt sich dagegen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ein. Unsere kostbare Umwelt darf nicht zubetoniert werden. Unsere Sozialwerke dürfen nicht im Übermass strapaziert werden. Die Versorgung mit möglichst vielen heimisch produzierten Lebensmitteln muss aufrechterhalten bleiben. Ein erster Schritt in diese Richtung stellt die Nachhaltigkeits-Initiative dar, welche die Zuwanderung in die Schweiz nachhaltig begrenzen will.

(Medienmitteilung SVP ZH, 15.08.2023)

Meinungsdiktat

Am 12. August 2023 fand parallel zur Zürcher Street-Parade die erste Pride-Parade der LGBTQI-Bewegung in St. Gallen statt. Von Liebe und Toleranz war aber nicht viel zu spüren und auch nicht zu sehen. Vielmehr stachen Parolen wie «Fuck SVP» oder «Uffe mit de Fahne, abbe mit de SVP» ins Auge. An die Adresse von Frauen, welche der Meinung sind, dass es nur zwei Geschlechter gibt, hiess es sogar: «bildet Banden macht sie platt». Und mit Sprüchen wie «Eure Kinder werden so wie wir – eure Kinder sind schon alle queer!» bekamen auch Mütter und Väter eine ordentliche Kampfansage verpasst. Diese und andere offene Anfeindungen vergiften die Atmosphäre der Kloster-Stadt. Die Demo-Teilnehmer machen sich für Zensur

Gold

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich das Währungsgold der Welt in den USA angesammelt, weil diese ihre Waffenlieferungen an die Alliierten beileibe nicht als Spende gedacht hatten, sondern sich dafür bezahlen liessen – und zwar mit dem einzig wahren, echten Ding, nicht irgendwelchen bedruckten Banknoten, sondern Gold.

20'000 Tonnen, ein Drittel des damaligen Weltbestands, hatten sich in Fort Knox angesammelt. Wie also ein neues, den internationalen Handel belebendes Währungssystem auf realer Basis etablieren, wenn eine Seite kein Gold hatte, um irgend etwas einzukaufen? Der Trick von Bretton Woods: Ab 1947 wurde nur der Dollar an das Gold gebunden, zu 35 USD pro Unze; alle anderen wurden an den Dollar gebunden, ein indirekter Goldstandard war etabliert.

(Markus Krall in «Smart Investor» 08/2023)

(Markus Krall ist Hauptreferent an der Schweizerzeit-Herbsttagung am 4. November 2023 im «Haus der Freiheit»)

und Ausgrenzung stark, anstatt den Dialog zu suchen und die Meinungsfreiheit hochzuhalten.

(David Trachsel, Präsident Junge SVP Schweiz, 20.08.2023)

Olaf Scholz

Zwar hat er die Nato-Osterweiterung, vor der US-Politiker wie George Kennan oder der heutige CIA-Chef, William Burns, eindringlich warnten, weil sie zum Krieg führen würde, nicht zu verantworten. Aber das Ende der Energiepartnerschaft mit Russland geht auf sein Konto. Ein deutscher Bundeskanzler muss wissen, dass eine Industrialisation preisgünstige Energie und Rohstoffe braucht, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, und dass kein anderer Staat auf der Welt die russischen Energie- und Rohstofflieferungen zu vergleichbaren Preisen ersetzen kann. Da er die Richtlinien der Politik bestimmt, kann er sich auch nicht hinter seinem Wirtschaftsminister Robert Habeck verstecken, der die Energie-Sanktionen wie folgt rechtfertigte: «Natürlich schaden wir uns damit selbst [...] Der Sinn von Sanktionen ist, dass eine Gesellschaft [...] Lasten trägt [...] Alle werden einen Beitrag leisten müssen [...] Wir werden höhere Inflation, höhere Energiepreise und eine Belastung der Wirtschaft haben, und wir sind als Europäerinnen und Europäer bereit, die zu tragen, um der Ukraine zu helfen. Es wird Härten geben, und die Härten werden getragen werden müssen.»

(Oskar Lafontaine in «Weltwoche», 33/23, 17.08.2023)



**Keine
10-Millionen-
Schweiz**

therese-schlaepfer.ch **Therese**

Schläpfer

Alt-Gemeindepräsidentin Hagenbuch



**Im Kanton Zürich wieder
in den Nationalrat**

In den **Ständerat:**
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1



**SCHWEIZER
QUALITÄT**
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Ungesteuerte Migration und falsch verstandene Toleranz führen ins Chaos

Wann realisiert Bern die Warnsignale aus Europa?

von Gregor Rutz, Nationalrat, Ständeratskandidat, Zürich

Die Schweizer Wirtschaft wächst nicht mehr: Das Bruttoinlandprodukt hat im zweiten Quartal 2023 stagniert. Einzig der öffentliche Sektor wächst stetig: Aufgrund der enormen Zuwanderung wird der Bedarf an Verwaltungsangestellten, Schulen und Spitälern immer grösser. Eine teure und gefährliche Entwicklung.



Über 200'000 Menschen befinden sich derzeit in unserem Asylsystem. Für 2023 wird ein neuer Rekordwert an Asylgesuchen erwartet. Die Asyl- und Migrationspolitik ist ein Fiasko – der Handlungsbedarf ist akut. Trotzdem wird dieses unangenehme Thema in Bern fast konsequent ausgeblendet.

Die Schweiz beuge dem Zustrom von Asylanten mit einer «Mischung aus Gleichgültigkeit, Bürokratie und punktueller Hysterie», schrieb die NZZ am 22.8.2023. Den Preis zahlen die überforderten Gemeinden, Schulen und Grenzkantone. Zuvor brachte es Chefredaktor Eric Gujer auf den Punkt: «Ungesteuerte Migration und falsch verstandene Toleranz überfordern Gesellschaften. Irgendwann ist es für Korrekturen zu spät (NZZ, 7.7.2023). Die Probleme punkto Gewalt und Kriminalität in unseren Nachbarländern sind bedenklich. Auch die Schweiz ist mittlerweile betroffen; die Massenschlägerei vom 2. September in Opfikon zeigt: Wenn die latente Gewaltbereitschaft einzelner Gruppen eskaliert, kann es böse enden.

Belastung für die Wirtschaft

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Migranten, die bis nach Europa reisen, tun dies meist ohne eigentlichen Asylgrund. Sie wollen am westlichen Wohlstand teilhaben und hoffen auf bessere Perspektiven. Unser System lässt dies zu: Wir steuern die Migration nicht, sondern verwalten sie mit riesigem Aufwand. Und die Migranten wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann bleiben. Personen mit abgelehntem Asylgesuch werden «vorläufig aufgenommen» und bleiben für immer hier – oft mit drastischen Auswirkungen auf die Sozialkosten und die öffentliche Sicherheit. Von 100'690 Personen, die seit 2003 vorläufig aufgenommen wurden, haben heute 31'214 eine Aufenthaltsbewilligung, 5'035 eine Niederlassungsbewilligung und 7'048 sogar den Schweizer Pass. Lediglich in 800 Fällen wurde der Status F entzogen.

Die Illusion, diese Zuwanderung sei unserer Wirtschaft förderlich, hat sich längst zerschlagen: «Eine Integration in den Arbeitsmarkt ist oft nicht möglich oder von den Einwanderern auch nicht beabsichtigt. Die Sozialleistungen können Anreiz genug sein, sich in Europa aufzuhalten» (NZZ, 28.7.2023). Eine Studie des Zürcher Amts

für Wirtschaft und Arbeit belegt: Vier von fünf Zuwanderern kommen nicht in Mangelberufe. Diese Leute nützen der Wirtschaft nicht, sondern belasten sie. Wann endlich erfolgt hier eine sachliche Diskussion?

Neuausrichtung der Asylpolitik überfällig

Die Migrationspolitik muss sich endlich der Realität anpassen. Nur mit dem Unterbinden grossflächiger Wanderungsbewegungen können Schlepperwesen und organisierte Kriminalität bekämpft werden. Es darf sich nicht mehr lohnen, nach Europa zu kommen. Daher müssen Asylverfahren ausgelagert, Hilfszentren im Ausland errichtet und bessere Hilfe vor Ort angeboten werden. Es ist höchste Zeit, dass Bundesbern den Ernst der Lage erkennt und handelt.

Gregor Rutz



Wohnen in einem
HIDEAWAY aus Holz für
Körper, Geist und Seele


APPENZELLER HUUS
A Lifestyle Wellness
Community

**2.5- bis 4.5-Zimmer-
Eigentumswohnungen
und Serviced Apartments als
attraktive Anlagemöglichkeit
im idyllischen Gonten im
Appenzellerland**

- Exklusivität bis ins Detail
- Mitnutzung eines 5-Sterne-Wellness-Bereichs
- Natürliche Bauweise aus lokalem Massivholz
- Traumhafte Lage nahe beim Golfplatz
- Neubauprojekt - Bezug ab Ende 2024 / Anfang 2025



appenzellerhuus-wohnen.ch
verkauf@appenzeller-huus.ch
+41 071 510 95 95

Die Aussenpolitik muss wieder vom Gesamtbundesrat geführt werden

Nein zum Nato-Schmusekurs

Dr. Stephan Rietiker, Präsident Pro Schweiz, Oberst i Gst; Werner Gartenmann, Geschäftsführer Pro Schweiz, Oberstleutnant

Die schweizerische Aussenpolitik wird zunehmend von der VBS-Führung gestaltet, welche den Nato-Beitritt unverhohlen unter schrittweiser Beerdigung der Neutralität vorbereitet. Pro Schweiz fordert vom Gesamtbundesrat, dass er das aussenpolitische Heft wieder in die Hand nimmt, das offenbar eingeschlafene Aussendepartement weckt und die verschiedenen Departemente zielführend für eine Aussenpolitik vernetzt, welche die Interessen einer souveränen und neutralen Schweiz als Auftrag vollumfänglich wahrnimmt. Die Armee ist das Mittel der letzten Stunde zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit, aber niemals die Richtschnur für die Ausgestaltung der Aussenpolitik.



Dass eine Korrektur in der Aussenpolitik dringend notwendig ist, zeigt ein Zeitungsinterview mit Frau Bundesrätin Viola Amherd. Sie versucht in einem Gespräch mit dem Tages-Anzeiger vom 30. August 2023 ihre Überlegungen zur Sicherheitspolitik darzustellen und fordert erneut, die Schweizer Armee müsse mit der Nato kooperieren, damit sie ihre Verteidigungskraft zurückerhalte. Dafür will sie Schweizer Armeeingehörige vermehrt in Nato-Strukturen entsenden. Und nebst den unbestrittenen Übungen der Luftwaffe sollen neu terrestrische Gefechtsübungen in Nato-Staaten stattfinden.

VBS führt die Schweiz in die Beistandspflicht der Nato

Es gelingt Bundesrätin Amherd nicht, glaubwürdig aufzuzeigen, dass die neutrale, souveräne Schweiz früher oder später in eine Beistandspflicht schlittert, welche uns zwingen würde, im Krisenfall Schweizer Armeeingehörige in den Kriegseinsatz ausserhalb des eigenen Landes zu schicken. Sie versucht zu erklären, man suche eine für die Schweiz massgeschneiderte Partnerschaft, die es ihr mit einer Opting-out-Klausel erlauben soll, trotz intensiver Einbindung im Ernstfall auszusteigen.

Diese Argumentation hat die Chefin VBS bereits bei der Unterzeichnung der Absichtserklärung für die Beteiligung an der europäischen Luftverteidigung (European Sky Shield Initiative) kommuniziert. Schnell wird klar, dass das Luftschlösser sind. Der Vorwurf der Rosinenpickerei würde zur Realität. Schwerwiegender ist, dass die schweizerische Luftverteidigung de facto der Nato-Oberbefehlsgewalt unterstellt würde. Wenn feindliche

Raketen gegen Europa fliegen, wird es keine Möglichkeit geben, sich der Nato politisch und technisch zu entziehen. So wird es logischerweise mit den Bodentruppen erfolgen.

Denkfehler

Frau Amherd macht einen weiteren Denkfehler. Wenn ein potenzieller Gegner an den Schweizer Landesgrenzen steht, dann ist im Nato-Raum bereits einiges schiefgelaufen. Gerade in diesem Fall wird die Schweiz erst recht auf sich allein gestellt sein. Das heisst, die Verteidigungsfähigkeit und die Durchhaltefähigkeit der Armee müssen rasch aufgebaut werden, damit die Landesgrenzen unversehrt bleiben und die Bevölkerung und kritische Infrastrukturen geschützt werden können. Sollte dies nicht möglich sein, muss mindestens genau definiertes Schlüsselgelände um jeden Preis verteidigt werden. Statt das Heil im Nato-Verbund zu suchen, muss das VBS endlich die nach wie vor vorhandenen Ausrüstungslücken bei den Kampftruppen beheben.

Vermischung von Neutralität und Kriegsmaterialgesetz

Frau Amherd streicht mit Blick auf die Ruag-Wirren ihre vermeintliche Kompetenz als Juristin hervor und will die Untersuchung der dubiosen Waffengeschäfte vorantreiben. Es ist höchste Zeit, dass sie den «Rüstungsladen» in den Griff bekommt. Aber als Rechtskundige sollte sie unterscheiden können zwischen dem Kriegsmaterialgesetz und der Neutralitätspolitik. Das «Wieder-Export-Verbot» von Kriegsmaterial aus Schweizer Produktion durch

Stephanie Gartenmann

in den Nationalrat!

**jung
bürgerlich
verwurzelt**

Liste 2

2x auf jede Liste am 22. Oktober 2023

www.stephanie-gartenmann.ch

Churz & Bündig

Jeder dritte in der Schweiz weilende Afrikaner, der körperlich zur Leistung von Arbeit imstande wäre und rechtlich zu Arbeitsleistung befugt ist, zieht es vor, nicht von seiner Hände Arbeit, vielmehr von ihm zu gewährender Sozialhilfe zu leben.

Und die Sozialhilfe zahlt ...

us

Käuferstaaten hat gar nichts mit der Neutralität zu tun. Die Verschärfung erfolgte aus «pazifistischen, linken» Gründen. Die Änderung des entsprechenden Gesetzes hat auf dem ordentlichen Wege der Legislative zu erfolgen und keinesfalls auf Druck ausländischer Staaten.

Neutralität ist keine Image-Frage

Die VBS-Vorsteherin erliegt der Gefahr, die Neutralitätspolitik der Schweiz der Launenhaftigkeit des Zeitgeistes und der Wirkung aktueller Ereignisse anzupassen. Die Neutralitätspolitik muss «bei Schönwetter», aber auch bei «Sturm», glaubwürdig die Ernsthaftigkeit und Verlässlichkeit der schweizerischen Neutralität vermitteln. Es geht nicht um Imagepflege, sondern um die Sicherstellung nationaler Interessen.

VBS führt die politische Diskussion nicht

Es grenzt bereits an Zynismus, wenn Frau Amherd sagt, sie wolle die Neutralität unter anderem mit

der Bevölkerung diskutieren. Der in Bern mit Tamtam inszenierte Auftritt vom 7. Juli 2023 mit ihrer Amtskollegin und ihrem Amtskollegen aus Österreich und Deutschland anlässlich der Unterzeichnung der Absichtserklärung für die gemeinsame europäische Luftverteidigung war in der Schweiz zuerst nur aus österreichischen Medien bekannt geworden. Im Vorfeld fand auf keiner Ebene eine Debatte statt. Der Fall ist klar: Die VBS-Führung arbeitet an einer Nato-Beitritts-Agenda.

Die überparteiliche Bewegung Pro Schweiz fordert auf VBS und die Armeeführung auf, endlich die dringenden Hausaufgaben zu erledigen, nämlich die vollständige Ausrüstung und Sicherstellung der personellen Ressourcen unverzüglich an die Hand zu nehmen. Dies basierend auf der Definition einer Doktrin, die sich ihrerseits am Armeeauftrag zu orientieren hat. Pro Schweiz wird mit einem Positionspapier aufzeigen, dass die Armee endlich einen klaren Auftrag braucht, nach welchem sich die Doktrin und Rüstungsbeschaffung zu richten hat.

Der eingeschlagene «Nato-Schmusekurs» ist rasch zu korrigieren. Pro Schweiz ruft die Bürgerinnen und Bürger auf, die Neutralitätsinitiative zu unterschreiben. Sie verhindert, dass in letzter Konsequenz junge Schweizerinnen und Schweizer auf fremden Schlachtfeldern sterben.

Stephan Rietiker, Werner Gartenmann

Unternehmer nach Bern!

Wählen Sie wirtschaftsfreundlich,

- » weil erfolgreiche Unternehmen und eine produzierende Landwirtschaft für Sicherheit und Stabilität sorgen!
- » weil nur gesunde und florierende Unternehmen unsere Sozialwerke finanzieren können!
- » weil unsere Gewerbebetriebe nicht nur über Bildung reden, sondern jährlich über 100'000 Jugendliche ausbilden!

Kanton Zürich:

**Wählen Sie am 22. Oktober 2023 die
KMU-Unternehmerliste 22**



In den Nationalrat

Hans-Ulrich Bigler

hansulrich-bigler.ch

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter



Kia Rio

Jetzt bei Ihrem Kia Partner



Movement that inspires



emilfrey.ch

Immer mehr Zuwanderung

Trotzdem fehlt der Berufsnachwuchs

von Bruno Walliser, Kaminfegermeister, Nationalrat, Volketswil ZH

Die Schweiz darf stolz sein auf ihr duales Berufsbildungssystem. Die Jugendarbeitslosigkeit ist tief, Jugendlichen, die eine Berufslehre absolvieren, stehen bei Eignung Weiterbildungsmöglichkeiten offen. Sie haben mit einer Lehre viel praktisches Wissen und Können im «Rucksack» und sind auf dem Arbeitsmarkt sehr gefragt.

Immer mehr Betriebe haben jedoch Mühe, Lernende zu finden. Ganze Berufszweige fürchten um ihren Nachwuchs. Gemäss den Berechnungen von «Wüest Partner» wird das Bevölkerungswachstum der Schweiz in diesem Jahr nochmals in neue Sphären vorstossen. Es wird eine Zunahme von 148'000 Personen erwartet. Diese hohe Zahl an Zuwanderern trägt massgeblich dazu bei, dass Mieten und Immobilienpreise in schwindelerregende Höhen steigen, dass immer mehr Pflegekräfte und Lehrer benötigt werden, die Stautunden auf der Strasse weiter steigen und immer mehr Energie benötigt wird.

Die hohe Zuwanderung führt aber nicht zu einer Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt. Es kommen zu viele und es kommen die Falschen. Unter den rund 53'600 Lernenden, die 2016 eine duale berufliche Grundbildung – eine «Lehre» – begonnen haben, wurden knapp 14'000 Lehrverträge oder 26 Prozent vorzeitig aufgelöst. Diese hohe Zahl an Lehrabbrüchen gibt Anlass zur Sorge.

Problematisches Schulsystem

Was sind die Gründe? Eine mögliche Erklärung für mich ist das heutige Schulsystem. War früher der Lehrer oder die Lehrerin die Autoritätsperson im Klassenzimmer, stehen heute mehrere Lehrkräfte, Heilpädagogen, Klassenassistenten usw. im Klassenzimmer. Die Lehrkräfte versuchen unter teilweise schwierigen Bedingungen zu unterrichten, Fachpersonal kümmert sich um die Integration. Wer heute als Lehrtagsüber Leistung verlangt, hat am Abend oft ein unliebsames Telefon der Eltern, die sich über den Leistungsdruck ihrer Kinder beschweren. Und leider haben Pünktlichkeit, Fleiss und Disziplin nicht mehr den erforderlichen Stellenwert. In der Lehre müssen die Jugendlichen hingegen pünktlich sein, Durchhaltewillen zeigen und mit Kritik umgehen können. In vielen Fällen tut sich hier für sie eine neue Welt auf – die reale Welt unserer Leistungsgesellschaft. Der in der Volksschule gemäss neuem Lehrplan vermittelte «Kompetenzenkatalog» liefert nicht mehr die Grundlage für eine Berufslehre.

Handwerk hat goldenen Boden

Wer sich für eine handwerkliche Lehre entscheidet, hat eine grosse Auswahl, um sich auch nach der Lehre weiterzuentwickeln. Auch ist die Arbeitsplatzsicherheit hoch. Sanitärberufe oder die Tätigkeiten eines Kaminfegers können nicht durch künstliche Intelligenz

Churz & Bündig

Zweihundert Kraftwerke mit Windmonstern liefern pro Jahr rund eine Terawattstunde Strom. Die hundertachtzigtausend zusätzlichen Einwohner, die sich 2022 dank obrigkeitlich geförderter Masseneinwanderung in der Schweiz niedergelassen haben, benötigen pro Jahr indessen rund 1,3 Terawattstunden Strom.

Mit anderen Worten: Selbst wenn in der Schweiz die Landschaft alljährlich mit zweihundert weiteren Windmonstern von zweihundertfüfzig Metern Höhe verschandelt wird, kann der Mehrbedarf an Strom, der als Folge der Masseneinwanderung jährlich zusätzlich konsumiert wird, nicht befriedigt werden.

us

ausgeführt oder in ein anderes Land ausgelagert werden. Wer eine Berufslehre absolviert, gibt schon in der Lehre der Gesellschaft etwas zurück. Weiterbildungen sind aber oft nur mit Verträgen mit dem Arbeitgeber, welche auch Rückzahlungsmodalitäten enthalten, möglich. Uni-Studenten bekommen hingegen staatliche Unterstützung ohne Rückzahlungsverpflichtung.

Angesichts des Fachkräftemangels ist es an der Zeit, über neue Lösungen zu diskutieren. Das Geben und Nehmen sind neu auszuhandeln. Unser Bildungssystem ist robust, aber zusehends überfordert. Die Berufslehre braucht wieder ihre verdiente Wertschätzung, bevor uns die Lehrlinge ausgehen und unser Standortvorteil verloren geht.

Bruno Walliser

Sichere Zukunft für Gewerbe und Mittelstand

KMU geprüft KGV

Wieder in den Nationalrat
Am 22. Oktober 2023

2X auf ihre Liste!

Bruno Walliser bisher

In den Ständerat
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauber

brunowalliser.ch

Liste 1

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes



FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Zum Eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag 2023

Gebet für die Heimat

Allmächtiger Gott, Du hast uns ein herrliches Vaterland gegeben und es bisher immerfort behütet; gib ihm auch weiterhin deinen Segen! Segne unsere geistlichen und weltlichen Behörden, unsere Schulen und unsere Armee; segne die Landwirtschaft, das Handwerk, die Industrie, den Handel und den Verkehr! Lass uns ohne Unterbruch den wahren Frieden geniessen, der ohne Dich nicht bestehen kann! Durch die Eintracht aller Bürger erhalte die Heimat frei und stark; hilf uns, unentwegt an Deinen heiligen Geboten festzuhalten und so der Heimat Glück und Wohlstand zu fördern!

Du, unser guter Herr und treuer Gott, befreie die Heimat von allem Übel und behüte sie vor jeder Gefahr! Wir bitten Dich darum durch Christus, Deinen Sohn, unsern Erlöser, der seine irdische Heimat so sehr liebte,

dass er in Voraussicht der ihr drohenden Prüfungen Tränen vergoss.

Heilige Jungfrau und Gottesmutter Maria, der unsere Vorfahren auf den Höhen und in den Tälern so manches Heiligtum erbaut haben; ihr, heilige Engel Gottes, die ihr über Stadt und Land der Heimat schützend wacht; ihr, heilige Männer und Frauen, die ihr aus dem Volke unserer Heimat hervorgegangen seid oder innerhalb der Gemarkungen unserer Heimat euch geheiligt habt, insbesondere du, heiliger Bruder Klaus, der du unserem Vaterlande so vorbildlich gedient hast; ihr, Heilige, alle, betet für uns und mit uns! Stehet uns durch eure Fürbitte bei, damit wir durch wahrhaft christliches Leben und durch unwandelbare Treue dem Vaterlande allezeit Schutz und Wehr seien!

Amen

Gebet des Solothurner Bischofs Franziskus,
gesprochen im Weltkriegsjahr 1941.

Für eine
sichere Zukunft
in Freiheit!

2x
auf Ihre
Liste

Am 22. Oktober:



In den Ständerat:

Gregor Rutz

zusammen mit Regine Sauter



Anita
Borer

Domenik «Lädi»
Ledergerber

Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen, bis der Bundesrat seine Pflicht tut.

Ihr Bäcker aus dem Kanton Zürich!



2 x auf Ihre Liste

In den Nationalrat

René Schweizer

Inhaber Konditorei Voland

Unterstützt von:






René Schweizer

in den Nationalrat

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler

Als Eidg. Dipl. Bäcker-Konditor mit eigener Bäckerei-Konditorei sehe ich, wie wichtig Ernährungssicherheit, Unternehmertum und Bildung für eine sichere Zukunft in Freiheit sind.

Entsprechend wichtig ist mir, die Selbständigkeit in allen Belangen aufrecht zu erhalten und dafür zu sorgen, dass sich der Staat so wenig wie möglich einmischt.

Meine Standpunkte:

- ▶ Ernährungssicherheit: Um die inländische Produktion zu erhöhen, müssen unsere Bauernbetriebe unterstützt und von unrealistischen Auflagen entlastet werden.
- ▶ Wirtschaftliche Stabilität: Es gilt, die «Macherinnen und Macher» in unserem Land zu ermutigen und von Bürokratie sowie hohen Steuern und Abgaben zu entlasten.
- ▶ Zukunftsfähiges Bildungssystem: Unserem dualen Bildungssystem müssen wir Sorge tragen. Kinder und Jugendliche sollen nach ihren Stärken gefördert und gefordert werden.

Vielen Dank für Ihre Stimme am 22. Oktober auf Liste 1.

Herzlich, ihr



René Schweizer
2x auf Ihre Liste

René Schweizer

- Jahrgang 1972
- Wohnort Fischenthal
- Beruf Eidg. Dipl. Bäcker-Konditor und Berufsschullehrer

Engagements

- Inhaber Konditorei Voland seit 2001
- Vizepräsident Bäckermeisterverband Kanton Zürich (ZHBC)
- Vorstand Gewerbeverband Kanton Zürich (KGV)
- Prüfungsexperte Lehrgänger / Berufsprüfung Bäcker-Konditor

Politische Laufbahn

- seit 2019 Präsident SVP Bezirk Hünwil
- 2006 -17 Präsident SVP Bauma



schweizer-reme.ch

Am 22. Oktober:




Die Partei des Mittelstandes

Ja zu einer ökologischen und tierfreundlichen produktiven Landwirtschaft

Versorgungssicherheit als zentrales Element

von Martin Hübscher, Landwirt, Ing. Agr. FH, Liebensberg/Bertschikon ZH

Die Politik ist eigentlich verantwortlich für ein vorausschauendes Handeln und die Festlegung von Strategien zur Bewältigung aktueller und künftiger Herausforderungen. Kein Unternehmen, das längerfristig im Markt bestehen will, kann sich leisten, keine Risikoanalyse zu machen. Die Mehrheit der politischen Parteien tut es aber genauso, wenn es ums Thema Versorgungssicherheit geht.



Damit die Energie nicht ausgeht

Aktuell wird wieder die Strommangellage diskutiert und auch der Bundesrat hat mögliche Konsequenzen zur Verhinderung eines «Blackouts» thematisiert. Strom als eine Form der Energie hat zweifelsfrei eine System Relevanz, von der sehr viel in unserem täglichen Leben aber auch die Funktion der gesamten Wirtschaft abhängt.

Die SVP steht ein für Sicherheit und Freiheit. Zur Sicherheit zählt auch eine ausreichende Stromversorgung. Bereits bei der Abstimmung vom 21. Mai 2017 über die Energiestrategie hat die SVP mit dem Slogan «Kalt Duschen» auf diese Problematik hingewiesen. Jetzt überrascht sein über diese Entwicklung ist deshalb vergleichbar, wie wenn sie Akkuanzeige am Handy ignorieren und plötzlich erstaunt sind, weshalb das Handy nun abstellt.

Während der Umbau von fossilen auf nachhaltige Energien nicht schnell genug gehen kann, wird der zusätzliche Strombedarf nur halbherzig wahrgenommen. Mit der einseitigen Förderung von Photovoltaik und Windenergie wird gar gänzlich ignoriert, dass der Strom im richtigen Moment erzeugt werden muss, nämlich dann, wenn er gebraucht wird. Die SVP wird sich weiterhin konsequent für eine sichere Versorgung einsetzen.

Was isst die 9-Millionen Schweiz?

Seit der Pandemie und dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist die Zahl der hungernden Menschen

gestiegen. In verschiedenen Ländern gibt es politische Unruhen, weil die Menschen sich ihr Essen nicht mehr leisten können. Dies nicht nur in armen Entwicklungsländern, die zuerst unter der Teuerung aufgrund einer zu knappen Versorgung leiden. Dazu kommt: Limitierte Flächen, stagnierende Produktivität und geopolitische Spannungen treffen auf eine wachsende Weltbevölkerung. Das Angebot kann immer weniger mit der Nachfrage Schritt halten. Die Sicherung der weltweiten Versorgung mit ausreichend Essen ist eine der grossen Herausforderungen der Zukunft.

Die Schweiz kann sich ihrer Verantwortung für die Ernährungssicherung nicht entziehen. Dazu gehört die Stärkung einer ökologischen, tierfreundlichen Produktion mit Mehrwert bei den Produzentenpreisen sowie die Überführung der aktuellen Agrar in eine umfassende und glaubwürdige Ernährungspolitik. Nur wenn alle Stufen der Wertschöpfungskette mitziehen und die Politik auch dem Produktionsaspekt wieder eine höhere Bedeutung beimisst, können die Bauernbetriebe wirtschaftlich und sozial nachhaltig ihre Aufgabe als Lebensmittelproduzenten erfüllen. Eine Aufgabe, die in Anbetracht der weltweiten Herausforderung nichts anderes als eine moralische Pflicht ist.

Es gilt die Versorgungssicherheit zu bewahren, Kostentransparenz zu gewährleisten und ideologiegetriebene Experimente zu verhindern.

Wählen Sie am 22. Oktober 2023 SVP und leisten auch Sie einen Beitrag zur Versorgungssicherheit – Vielen herzlichen Dank!

Martin Hübscher



«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax
inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00



Hält, was er verspricht.

Martin Hübscher
In den Nationalrat

2x auf Ihre Liste

SVP
Die Partei des Mittelstandes



moser reisen

hermann



Unsere Fahrten im Winter

AGRITECHNICA in Hannover

Samstag, 11. bis Montag, 13. November
(Rückkehr Dienstag, 14. November morgens)

im Doppelzimmer p.P. CHF 610.00

im Einzelzimmer CHF 685.00

Chlausfahrt ins schöne Baselbiet

Mittwoch, 6. Dezember

Preis pro Person CHF 115.00

Adventstage in London - Flugreise

Montag, 4. bis Mittwoch, 6. Dezember

im Doppelzimmer pro Person CHF 360.00

im Einzelzimmer CHF 520.00

Adventskonzert Kastelruther Spatzen

Donnerstag, 7. bis Sonntag, 10. Dezember

im Doppelzimmer CHF 925.00

im Einzelzimmer CHF 1'075.00

Jahresschlussfahrt ins Emmental

Donnerstag, 28. Dezember

Preis pro Person CHF 105.00

Spengler Cup

Samstag, 30. Dezember

Preis pro Person Sitzplatz CHF 258.00

Unsere schönsten Weihnachtsmärkte

WO	DATUM	PREIS PRO PERSON	ABFAHRT <small>ab Flaach /weitere Orte siehe Homepage</small>	RÜCKFAHRT <small>ab dem Markt</small>
Strassburg (FR)*	Mi, 29. Nov 23	Fr. 56.00	07.00 Uhr	17.00 Uhr
Huttwil mit Besuch in der Kambly	Sa, 02. Dez 23	Fr. 48.00	09.20 Uhr	18.00 Uhr
Ribeauvillé (FR)*	So, 03. Dez 23	Fr. 55.00	07.00 Uhr	18.00 Uhr
Stuttgart (DE)*	Di, 05. Dez 23	Fr. 56.00	09.00 Uhr	19.00 Uhr
Einsiedeln	Do, 07. Dez 23	Fr. 42.00	12.00 Uhr	19.00 Uhr
Stuttgart (DE)*	Mo, 11. Dez 23	Fr. 56.00	09.00 Uhr	19.00 Uhr
Augsburg (DE)*	Do, 14. Dez 23	Fr. 59.00	07.00 Uhr	18.00 Uhr
Ulm (DE)*	Mo, 18. Dez 23	Fr. 59.00	07.30 Uhr	18.00 Uhr

Alle weiteren Informationen zu den Fahrten & Tagesfahrten finden Sie auf unserer Homepage
moser-reisen.ch

Botzen 11 | 8416 Flaach | Tel. 052 305 33 10 | info@moser-reisen.ch

«Blinde» Passanten und eine himmelschreiende Verteidigung

Ein exemplarischer Fall

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Mitte Februar wird ein 35-jähriger Asylbewerber aus Burundi festgenommen, nachdem er eine Frau sexuell belästigt hat. Im Zuge dieser Ermittlungen erhärtet sich bald der Verdacht, dass der gleiche Täter drei Tage zuvor in einer öffentlichen Toilette im Basler Bahnhof eine alkoholisierte Frau vergewaltigt hat.



Leider wurde bei diesem Fall nicht augenblicklich die Polizei verständigt, weil sich ein zufällig anwesender Mitarbeiter einer Reinigungsfirma vom Täter mit der Bemerkung abwimmeln liess, dass alles in Ordnung sei. Obwohl das Opfer schrie und sich zeitweise die automatische Toiletten-tür öffnete, gingen etliche Passanten achtlos vorbei. Der Täter wurde bei den folgenden Ermittlungen durch Zeugen und auf der Videosequenz einer Überwachungskamera erkannt und hinterliess positive DNA-Spuren.

Hexerei anerkannt

Inzwischen ist der Vergewaltiger vom Basler Strafgericht erstinstanzlich zu 6,5 Jahren Freiheitsstrafe und zu 12 Jahren Landesverweis verurteilt worden. Im Ermittlungsverfahren und während der Gerichtsverhandlung hat der Beschuldigte nichts zur Wahrheitsfindung beigetragen; er sprach von Hexerei und behauptete, Opfer einer ihm feindlich gesinnten Macht zu sein. Der Verteidiger bezweifelte schliesslich die DNA-Proben und meinte, dass diese von einem selbst dem Täter nicht bekannten Halbbruder stammen könnten.

Wenn wir die Protagonisten dieses Verfahrens unter die Lupe nehmen, stellen wir fest, dass die einzelnen Akteure schweizweit 1:1 auf viele Strafverfahren übertragen werden können. Der Vergewaltiger, Ende 2022 in die Schweiz eingereist, ersucht um Asyl und driftet sogleich in die Kriminalität ab. Bereits vor der Vergewaltigung und der sexuellen Belästigung wird er wegen Diebstahls verurteilt. Dann legt er keinerlei Geständnis ab und spricht von Hexerei, was dazu führt, dass in einem Artikel der Mainstream-Medien darüber sinniert wird, dass in Afrika die Hexerei eben eine gesellschaftliche Realität sei.

Dann sind da noch die Passanten, welche das Verbrechen mit Sicherheit mitbekommen haben. Aber niemand handelt, niemand alarmiert die Polizei. Nein, man geht achtlos vorbei und macht vielleicht noch eine Handy-Aufnahme, um sich damit im Freundeskreis zu brüsten. Hätte die Polizei hingegen eine dunkelhäutige Person kontrolliert, so hätten wohl die gleichen Passanten lauthals protestiert und den Sicherheitskräften Rassendiskriminierung vorgeworfen. Bleibt noch

der Verteidiger, welcher die DNA-Expertise in Zweifel zieht und von einem ominösen, selbst dem Täter nicht bekannten Halbbruder schwafelt.

Zwei erfreuliche Ausnahmen

Es gibt aber zwei erfreuliche Ausnahmen. Da wäre einerseits die Staatsanwältin, welche einen Antrag gestellt hat, welcher der Schwere der Tat angemessen ist, und andererseits das Gericht, welches dem Antrag der Staatsanwaltschaft weitgehend gefolgt ist. Der Asylbewerber aus Burundi muss bzw. müsste nach seiner Freiheitsstrafe sofort das Land verlassen und dürfte für die kommenden zwölf Jahre nicht mehr in die Schweiz einreisen. Da er aber «dummerweise» keine Ausweispapiere hat, wird Burundi den Mann mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zurücknehmen. So wird er wohl für immer hier bleiben und möglicherweise weitere Straftaten begehen.

Markus Melzl

Keine 10-Millionen- Schweiz!

patrick-walder.ch



Patrick
Walder

Verwaltungsratsmitglied «Schweizerzeit» Verlags AG

2x auf
Ihre Liste



Liste 1



SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Klimapolitik ohne Realitätsbezug

Unzensuriert



Die Walliser Stimmbürger lehnten am 10. September 2023 eine Vorlage zur Beschleunigung des Baus alpiner Solaranlagen ab. Die Vorlage sah vor allem Anpassungen im Verfahrensrecht vor. Gegner der Vorlage waren u.a.: Die Walliser Grünen, die SP Valais romand, Pro Natura, der Walliser WWF und der Heimatschutz, Sektion Valais romand.

Es sind namentlich jene Parteien und Verbände, welche bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit von der Klimakrise warnen, von anderen mehr Nachhaltigkeit einfordern, Ölheizungen verbieten wollen, eine Solardachpflicht verlangen, Fleischkonsum verteufeln oder das Autofahren verteuern wollen. Nun wäre es darum gegangen, einen kleinen Beitrag für mehr Solarenergie in den Alpen zu leisten. Ein solcher Ausbau ist für eine unabhängige Energieversorgung dringend nötig: Eine Fotovoltaikanlage im alpinen Raum produziert im Winter pro Solarpanel 4x mehr Energie als eine private Solaranlage im Mittelland. Die nötige Kompromissbereitschaft von Umweltverbänden und linken Parteien bleibt aber offensichtlich aus. Der ehemalige SP-Präsident Peter Bodenmann fand gegenüber der Berner Zeitung deutliche Worte: «Die Grünen fantasieren über eine Zukunft, zu der sie nichts beitragen.»

Die Schweiz hat sich unlängst zum Netto-Null-Ziel bei Treibhausgasemissionen bis 2050 bekannt. Damit steigt der Strombedarf, Gleichzeitig sabotieren grüne Kräfte aber den notwendigen Zubau erneuerbarer Energieträger: Der Plan für eine alpine Solaranlage in Grenchols musste bereits arg redimensioniert werden, am vergangenen Sonntag wurde der Solar-Express im Kanton Wallis bachab geschickt.

Im Jahr 2021 strich das Bundesgericht zwei von sechs Windenergieanlagen im Projekt «Windkraft Grenchen» und formulierte im Übrigen zusätzliche Auflagen, auch hier auf Beschwerde von zwei Umweltverbänden hin. Die Erhöhung der Grimselstaumauer für mehr Energie aus Wasserkraft ist bis heute nicht gebaut. Mittelfristig gehen der Schweiz zudem rund 20 Terawattstunden Strom verloren, weil die bestehenden Kernkraftwerke abgeschaltet werden sollen.

Die Schweizer Klimapolitik droht den Bezug zur Realität zu verlieren. Die Bevölkerung wird nicht bereit sein, ständig neue Abgaben und Verbote zum Klimaschutz zu akzeptieren, wenn Linke und Umweltverbände keinerlei Konzessionen beim Umweltschutz und der Kernenergie machen.

Patrick Freudiger

PORSCHE & MERCEDES
OLDTIMER SPEZIALIST IM RAUM ZÜRICH

VERKAUF | SCHÄTZUNGEN
REPARATUR | SERVICE | RESTAURATION



SWISS-CLASSIC-CAR.CH
Industriestrasse 10 | 8117 Fällanden | 044 701 22 44



Jugendstrafrecht verschärfen

Mediation für jugendliche Gewalttäter?

von Nina Fehr Düsel, Kantonsrätin, Küssnacht ZH

Gemäss den neuesten Statistiken verüben Minderjährige immer mehr schwere Gewalttaten mit einer oft erschreckenden kriminellen Energie. Besonders deutlich angestiegen ist die Jugendkriminalität bei Raub und Erpressung mit Gewaltandrohung sowie bei Verletzungen der sexuellen Integrität. Die jugendlichen Täter sind überproportional ausländischer Herkunft.

Angestiegen sind ebenso rassistisch oder religiös motivierte Gewalttaten sowie Konflikte zwischen Gruppen wie kürzlich zwischen Eritreern in Opfikon-Glattbrugg.

Die Expertin

Die «Expertin» Monika Holzer – Leiterin der Mediationsstelle im Zürcher Strafvollzug – schlägt nun vor, Täter und Opfer sollten sich im Rahmen einer Mediation «freiwillig» begegnen, damit die Opfer «besser» verstehen, weshalb eine Tat passiert ist und damit besser abschliessen können. Wie bitte? Was nützt es einem Gewaltopfer mit schweren Verletzungen und allenfalls sogar bleibenden Schäden, wenn es erfährt, ob der Täter aus Frust, Wut oder warum auch immer brutal zugeschlagen hat?

Was ist zu tun?

Selbstverständlich braucht es verschiedene Massnahmen, um die Jugendgewalt einzudämmen. So

beispielsweise eine restriktive Zuwanderung, mehr Konsequenz im Asylwesen sowie Massnahmen im Integrationsbereich.

Vor allem aber muss unser viel zu mildes Jugendstrafrecht endlich verschärft werden. Dazu braucht es insbesondere die folgenden Massnahmen: Bei schweren Straftaten sind generell unbedingte Strafen auszusprechen. Wird eine Massnahme (Heimeinweisung) angeordnet und kooperiert der jugendliche Täter nicht, so muss der Vollzug der Freiheitsstrafe auch in einem Gefängnis möglich sein. Die maximale Freiheitsstrafe von heute vier Jahren ist massgeblich zu erhöhen. Zudem sollen Jugendliche bei besonders schweren Straftaten nach dem Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden können.

Ich habe entsprechende politische Vorstösse im Kantonsrat eingereicht und möchte dem wichtigen Thema in Bern gerne definitiv zum Durchbruch verhelfen.

Nina Fehr Düsel

Ihre Stimme in Bern!



Nina Fehr Düsel

In den Nationalrat

ninafehrdusel.ch

Wahlen am 22. Oktober

2 x auf Ihre Liste

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter



SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Grenzenlose Zuwanderung stoppen

Im letzten Jahr kamen über 81'000 Zuwanderer aus dem EU/Efta-Raum und aus Drittstaaten, sowie rund 25'000 Asylsuchende und 70'000 ukrainische Flüchtlinge in unser Land. Um den Missstand der zuwanderungsbedingten Bevölkerungsexplosion zu beheben, sind vier Massnahmen nötig:

- Die ordentliche Zuwanderung ist an eine Arbeitsstelle und an die Deckung des erforderlichen Lebensunterhaltes zu binden. Der Familiennachzug ist zu beschränken, und es ist eine dem Arbeitsmarkt entsprechende Kontingentierung einzuführen.
 - Die verurteilten kriminellen Ausländer sind auszuschaffen.
 - Im Asylbereich sind die Missbrauchsfälle konsequent zu unterbinden. Die sogenannten vorläufig Aufgenommenen (d.h. rechtskräftig abgewiesene Asylsuchende) sind heimzuschicken.
 - Abgewiesene Asylbewerber, die nicht vorläufig aufgenommen werden, sind unverzüglich auszuschaffen.
- Dies sind zwar mühsame aber wirkungsvolle Massnahmen. Im Parlament braucht es pflichtbewusste Köpfe, die endlich handeln! Am 22. Oktober haben wir es in der Hand.

Christoph Blocher, in der Weltwoche Nr. 36/2023

~ Ergonomica ~

Anne + Heinz Hürzeler, ergonomische Arbeitsstühle und Wohlfühlschuhe
Postfach 8, CH-8775 Luchsingen, Tel. 055 643 24 44, huerzele@active.ch

Rückenschmerzen?
NEIN DANKE!

Ergonomische Produkte – für garantiert stundenlanges Wohlbefinden

z. B. bei **längerem Sitzen**: Arbeit am PC, im Labor, am Schalter ...



Bambach Saddle Seat



Swippo by Nizbon



Sedlo Ergo Top



Scan Cast Pilate



z. B. bei **stundenlangem Gehen und Stehen**: Auf harten Böden. Holz, Vinyl, Steinplatten, Beton ...



Alma CHF 88.–
(verschiedene Farben)



Bo CHF 78.–
(schwarz und weiss)



Oden CHF 59.–
(schwarz, weiss, verschiedene Farben)



Schuhe
mit stoss-
dämpfender
Sohle!

bitte Coupon ausschneiden und per Post zusenden oder übermitteln an huerzele@active.ch

Bitte senden Sie mir unverbindlich nähere Angaben über Ihre Angebote:

- Stühle** Beratung Offerte
 Bestellung Modell _____ Farbe _____
- Schuhe** Beratung
 Bestellung Modell _____ Farbe _____ Grösse _____

Name/Vorname: _____

Adresse (Strasse, PLZ, Ort): _____

Telefon/Email: _____

Senioren: An die Urnen!

von Ulrich Schlüer, alt Nationalrat, Flaach ZH



Von 1995 bis 2011 am Parlamentsbetrieb beteiligt, dürstet es mich keineswegs nach zweiter Karriere in Bern. Meine Kandidatur ist Signal an die Senioren: Eure Stimme ist gefragt! Die Stimmen von allen Senioren! Setzt sie ein am 22. Oktober! Für unsere Nachkommen, für unsere Heimat, für die Schweiz!

Rot-Grün hat abgewirtschaftet: Allzu viele von ihnen haben noch nie auch nur einen einzigen Franken an ihren eigenen Lebensunterhalt verdient. Aber von den Leistungen anderer zehrend, führen sie das grosse Wort. Lautstark verhindern sie, dass die Absage von Volk und Ständen an die überbordende Masseneinwanderung endlich umgesetzt wird. Die Folgen sind verheerend: Der Schulunterricht bricht zusammen, den Spitälern droht der Kollaps, die Sozialhilfekosten explodieren, täglich erleben wir den Zusammenbruch des öffentlichen wie des privaten Verkehrs.

Und die Landschaft wird in einem Tempo zubetoniert, wie das keine Generation vor Rot-Grün in unserem Land je verschuldet hat. Sie aber predigen «Verdichtung» – und öffnen alle Grenztore sperrangelweit!

Demokratie und Gemeinde-Autonomie werden mit Füssen getreten. Funktionäre regieren. Überall. Zum Beispiel im Zürcher Unterland und im Weinland. Dort werden von der rot-grünen Baudirektion derzeit Kornfelder und Wiesen asphaltiert. Und schöne Dörfer von wahren Umleitungs-Orgien heimgesucht. Keineswegs für den Bau der seit Jahrzehnten versprochenen Umfahrung Eglisau. Nein, ein Kreislauf wird perfektioniert, auf dass sich Autolawinen

(täglich zehntausend Grenzgänger in beiden Richtungen!) noch viel rascher und verderblicher in die Dörfer ergiessen.

Unsinniger geht's wahrhaftig nicht! Und jede Mitsprache der Bevölkerung wird abgewürgt, ja verlacht. Niemand hat die Landschaft radikaler zerstört als Rot-Grün heute. Aber Verdichtung soll – jede Demokratie verachtend – weiteren Massen den Weg in die Schweiz öffnen.

Die Energieversorgung ist bedroht. Zürichs rot-grüner Baudirektor will jetzt 120 Windkraftwerke in die Landschaft stellen – an aller Demokratie vorbei. Dass jedes dieser Maxi-Windräder ein Fundament aus zweihundert Tonnen Beton benötigt – gegossen in Wälder, auf Äcker, auf Wiesen – verschweigt er. Nur die Städte bleiben davon verschont. Diese alles zerstörende Funktionärsdiktatur muss verschwinden! Ohne Verzug. Dafür müssen auch die Senioren ihre Wahlzettel nutzen – aus Verantwortung vor den Nachkommen, vor den Enkelinnen und Enkeln. Auch ihnen müssen Demokratie und Freiheit erhalten bleiben. Und lebenswerte Landschaften!

Senioren, auch Eure Wahlzettel gehören am 22. Oktober 2023 in die Wahlurnen. Schluss mit rot-grüner Bürokratie und Anmassung, Schluss mit rot-grüner Landschaftszerstörung. Allein die SVP kann die verderbliche, täglich von Rot-Grün angetriebene Masseneinwanderung endlich unterbinden.

Ulrich Schlüer ist im Kanton Zürich Spitzenkandidat auf der SVP-Liste Ü55, Liste 14

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 14



GOAL GLOSSAR

Positionierung

Wer nicht weiss, wo er steht, kann auch nicht verständlich kommunizieren. Deshalb erarbeiten wir mit unseren Kunden als Erstes eine genaue Lageanalyse. Das ist die Grundlage des Erfolgs!

abgel. v. «Position»; <lat.> positio (Stellung, Lage)

Positionierung

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@gool.ch, www.gool.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Die hippen Grünliberalen und ihre obskuren Netzwerke (Teil 1)

Die Grünliberalen sind keine Umweltpartei mehr, sondern ein Lifestyle-Klub. Der jüngeren Garde geht es um eine Kulturrevolution. Sie wollen altbewährte Strukturen aufbrechen und eine «progressive Zukunft» schaffen, wobei der Begriff «progressiv» mit beliebigen Inhalten gefüllt wird. Hauptsache: Es klingt cool.

Im Parteiprogramm finden sich zwar 26 Punkte, die aber ebenso inhaltslos sind, wie sie schön tönen: «Innovation ermöglichen», «Effizienter Service public», «Zeitgemässe Landwirtschaft», «Gesunde Finanzen» oder «Faire Sozialpolitik». Das könnte wohl jeder unterschreiben: Wer will schon ineffizienten Service public, eine veraltete Landwirtschaft, ungesunde Finanzen oder eine unfaire Sozialpolitik.

Inhaltlich sind die Grünliberalen einfach nicht richtig greifbar: Oft gibt es nur einen gemeinsamen Nenner: Ältere Männer mit wirtschaftlichen Interessen im Energiebereich.

Die alten weissen Männer

Beispielsweise der erste GLP-Präsident, Nationalrat Martin Bäumle (Jahrgang 1964), aus Dübendorf. Eigentümer des Büros «Bäumle Messungen und Beratungen AG». «Der Zweck der Firma klingt merkwürdiger, je länger

man liest», meinte der Tages-Anzeiger am 17. Januar 2021 unter dem Titel «Der talentierte Mister Bäumle». So werden Unternehmensberatungen angeboten, dazu Arbeit im Management, auch auf Zeit. Dann geht die Beschreibung über zur Entwicklung und zum Bau von «Messgeräten». Eine Kurve weiter in Richtung «Kosmetik, Massage, Permanent Make-up und Handel mit Waren der Schönheits- und Gesundheitsbranche». Und schliesslich alle möglichen Finanzierungstätigkeiten, «ob gegen Entgelt oder nicht».

Und so geht es von Firma zu Firma. Beispielsweise die «Airborn Fuels Switzerland AG», die Bäumle im August 2020 neu eintragen liess. Es gehe um «klimaneutrales Fliegen» erklärt er. «Und alles, was dazugehört.» «Beratung oder Lobbying», so die Beschreibung. Oder die Produktion von erneuerbaren Treibstoffen. Zudem ist Bäumle Geschäftsführer der Umweltorganisation «Green Cross Schweiz», die er finanziell sanierte. Und so nebenbei sitzt er auch im Stiftungsrat Innovationspark Zürich, der den ehemaligen Flugplatz Dübendorf «innovativ» zubauen möchte. Eigentlich ist Bäumle einfach ein umtriebiger Liberaler, weshalb er auch die Konzerninitiative ablehnte – welche die GLP demgegenüber befürwortete. Er könnte, wie sein Kumpel Ruedi Noser, genauso gut in der FDP sein – und umgekehrt.

Oder der amtierende GLP-Präsident, Nationalrat Jürg Grossen (Jahrgang 1969), aus Frutigen im Berner Oberland. Die NZZ umschrieb ihn in einem Interview vom 24. Juni 2023 als «Schlafwandler und obendrein viel zu nett». Aber auch er profitiert mit drei Firmen im Energie- und Solarbereich (Elektroplan Buchs & Grossen AG, Elektrolink AG und Smart Energy Link AG) vom politischen Lärm um die Erneuerbaren. Daneben präsidiert seit 2017 Swiss e-Mobility und seit 2021 den hochsubventionierten Fachverband Swissolar. Bis 2021 war er auch im Vorstand des Dachverbands Swissecleantech. An die SLP-Spitze gelangte Grossen nur, weil die zwei jüngeren und telegeneren weiblichen Aushängeschilder, Tiana Moser (ZH) und Kathrin Bertschy (BE), nicht wollten.

Aber die alten weissen GLP-Männer haben ein Verfalldatum. Sie stehen in Bezug zur Gründungsphase. Die Grünliberale Partei entstand 2004 in Zürich als Abspaltung von den Grünen, als Balthasar Glättli anstelle von Martin Bäumle zum Präsidenten der Zürcher Grünen Partei gewählt wurde. Innerhalb eines Jahres traten knapp 300 Mitglieder der neuen GLP bei. Aushängeschild war auch die Zürcher Regierungsrätin Verena Diener. Beiden – Bäumle und Diener – wurden die Grünen ganz

Persönliche Wahlempfehlung für den Kanton Luzern

Liebe «Schweizerzeit»-Leserinnen und Leser aus dem Kanton Luzern

Bei den Nationalratswahlen vom 22. Oktober 2023 ist von besonders hoher Dringlichkeit, dass starke Persönlichkeiten gewählt werden, die mit Sachverstand und Beharrlichkeit den Bundesämtern und der Verwaltung auf die Finger schauen. Und vor allem: Dass Politiker nach Bern kommen, die über einen Leistungsausweis aus Beruf und Gesellschaft verfügen, unabhängig und finanziell nicht auf ein Nationalratsmandat angewiesen sind. Denn wie Dr. Ueli Schluer richtig geschrieben hat: Nur solche Politiker leben für den Staat und die Allgemeinheit – und nicht von ihnen.

Bernhard Steiner, Dr. phil. nat. der Biologie und Kinderarzt (Chinderdokter vo Wolhuse), vierfacher Familienvater und Kantonsrat aus Entlebuch, erfüllt exakt diese Anforderungen. Wir haben die einmalige Chance, mit Beni Steiner einen ausgewiesenen Fachmann in Bildungs- und Gesundheitsfragen nach Bern zu schicken, der darüber hinaus auch in allen anderen Themen unsere Gesinnung teilt.

Ich bitte Sie: Wählen Sie im Kanton Luzern SVP und setzen Sie neben Franz Grüter auch **Bernhard Steiner 2x auf Ihre Nationalratsliste**. Herzlichen Dank!

Anian Liebrand



2x auf Ihre Liste

Kinderarzt mit Zivilcourage

Dr. Bernhard Steiner
in den Nationalrat

bernhard-steiner.ch

KMU supports

SVP

einfach zu linksextrem. Rasch ging es aufwärts: Bei der Nationalratswahlen 2007 erreichte die GLP schweizweit 1,4% und 3 Sitze. Diener wurde Ständerätin. 2011 waren es schon 5,4% und 12 Sitze. 2015 kam der Absturz auf 4,6% und 7 Sitze. 2019 waren es dann wieder 7,8% und 16 Sitze. Doch der Einbruch von 2015 brachte eine Fraktur – vor allem beim Personal.

Die Übergangsgeneration

Interessant ist der Lebenslauf der beiden Frauen Moser und Bertschy, die beide – anders als Bäumle oder Grossen – nie in der Wirtschaft gearbeitet haben. Moser (geb. 1979) studierte 2000-2006 an der Uni Zürich, war 2005-2010 Assistentin an der ETH und wanderte 2007 von der Uni direkt als Berufspolitikerin in den Nationalrat. Bertschy (ebenfalls Jahrgang 1979) war nach dem Studium 2000-2007 bei der Berner Erziehungsdirektion, beim Umfrageunternehmen Ecoplan und seit 2014 bei «alliance F». Bertschy war Co-Initiantin der Kampagne «Helvetia ruft» und Co-Gründerin des «Politlabors GLP Lab».

Eine weitere interessante Figur ist Corina Gredig (geb. 1987) die sich immerhin als Werkstudentin bei der UBS das Studium selber verdiente. Auch sie ging aber nach Studienabschluss ohne Umweg in der Privatwirtschaft gleich in die Politik. Im November 2018 wurde sie zusammen mit Nicola Forster Co-Präsidentin der Zürcher GLP-Kantonalpartei. Das Duo sorgte – sehr zum Ärger von Martin Bäumle – für einen kräftigen Linksrutsch der Zürcher GLP. 2019 wurde Gredig in den Nationalrat gewählt. Für Forster klappte es (noch) nicht. Zusammen mit Kathrin Bertschy gründete Gredig das «GLP Lab».

Die Netzwerker

Lange hatte es in der Schweiz einige Netzwerke gegeben, die das Land in einer Art Kartell organisierten: Die Macht hatte, wer im Militär, in einer Zunft, in einer der alten Parteien oder einem Verwaltungsrat war. Es waren Institutionen fürs ganze Leben. Heute sind diese Institutionen ersetzt durch die Netzwerke der Gredigs und Forsters, von Nadja Kleiner und Dominik Elser, von Stefan Manser und Laura Zimmermann und Sanija Ameti, GLP-Gemeinderätin in Zürich.

Die GLP von heute ist nicht mehr die Partei der weissen alten Männer, die von Solarpanels träumen. Rund um die Partei ist ein deutungsmächtiges Netzwerk politischer «Start-ups» entstanden, die die Schweiz prägen. Diese neue Schweiz will nicht ein Land sein, sondern ein Labor. Darin leben «Lab Rats» und «Futurepreneurs», Laborratten und Zukunftsunternehmerinnen. Ihre mentale Muttersprache ist Englisch. Sie sind mit grosser Wahrscheinlichkeit in einem Think-Tank aktiv, erarbeiten aber keine politischen Vorstösse, sondern «Politprodukte». Sie arbeiten nicht in Berufen, sondern in Projekten.

Inzwischen wird die GLP von Leuten wie Julie Cantalou (geb. 1984) geleitet. Studiert und gelebt hat sie in Madrid, Barcelona, Brüssel und Southampton. Sie war Vizepräsidentin von «Foraus», leitete das GLP-Lab. Inzwischen ist sie Co-Generalsekretärin der Grünliberalen. Sie sagt: «Was uns alle verbindet, sind gute Beziehungen zur Europäischen Union als unserem wichtigsten Partner: politisch, kulturell, als Wertegemeinschaft.»

Heimatlos, geschichtslos

Was die jungen Menschen aus den GLP-Netzwerken ebenfalls verbindet, ist eine tiefe Verachtung für die eigene Geschichte. Nicht nur ist alles Englisch – auch alles ist «future», zukunftsgerichtet. Dass man aus der Geschichte lernen könnte, ist mental eher ein Hindernis.

Die schweizerische Eidgenossenschaft – was ist das überhaupt? – soll sich in der EU auflösen, wie ein Stück Zucker im trendigen Latte Macchiato. So fordert die GLP als einzige Partei den vorbehaltlosen EU-Beitritt. Eidgenössische Besonderheiten wie der Föderalismus gehören abgeschafft: Hindernisse beim Aufgehen im Grossen, Weltweiten, Uniform-Multikulturellen. Die neue GLP-Schweiz ist so selbstbewusst, dass sie die alte GLP – jene der Bäumles und Grossens – nicht nur gedanklich längst abgewickelt hat, sondern bereits bemitleidet.

(Fortsetzung folgt)

Der obige Artikel stammt aus der Publikation «SPECTRUM» Nr. 5/2023 der Schweizerischen Schüler- und Studenteninitiative (SSI). Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck in der Schweizerzeit.



innova
Sicherheitstechnik.com

INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 8a
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik





Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!











WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH

Stromversorgung langfristig sichern

Aufgrund der ideologischen Energiepolitik und der verantwortungslosen Zuwanderungspolitik der Mitte-links Mehrheit steigen die Strompreise in der ganzen Schweiz massiv an. Wir steuern auf eine gigantische Stromlücke zu.

Die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und auch ich als produzierender Unternehmer, sind aber auf eine sichere, günstige Stromversorgung angewiesen. Deshalb habe ich den Bundesrat mit einer Motion beauftragt, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der unter Art. 12a des Kernenergiegesetzes (KEG) eine Ausnahme vorsieht für den Ersatz der 2022 im Einsatz stehenden Kernanlagen. Zudem sollen Forschung in neue Kerntechnologien und frühzeitige Investitionen in neue Kernanlagen, sowie Prototypen ermöglicht, erleichtert und allenfalls gefördert werden können. Dies alles können wir seit 2015 nicht mehr tun.

Dringende Kurskorrektur

Unsere Energiepolitik braucht eine Kurskorrektur, da die Energieversorgung langfristig nicht gesichert ist. Es droht eine riesige Strommangellage. Die Zuwanderung steigert den Energieverbrauch massiv, aber auch neue grüne Technologien wie Elektroautos, der Ausbau des ÖV oder Wärmepumpen verbrauchen deutlich mehr Strom. Die Effizienzbemühungen werden verpuffen, weil unsere Gesellschaft immer mehr Energie braucht. Ohne Korrektur wird die Schweiz noch mehr als heute von Stromimporten abhängig sein. Aber unsere Nachbarn haben mit

ähnlichen Problemen zu kämpfen, und es ist klar: Wenn es überall kriselt, schaut jedes Land zuerst für sich. Auf Importe ist daher kein Verlass. Wenn es um die Versorgungssicherheit geht, dürfen wir uns nicht auf vage Prognosen und Hoffnungen verlassen, ansonsten werden wir in Zukunft noch mehr abhängig sein als heute.

Energiepolitik ist auch Sicherheitspolitik

Es wird schon jetzt, und in Zukunft noch deutlicher klar, dass Europa wieder auf moderne Kerntechnologien setzt. Belgien hat gerade die Laufzeit der Reaktoren verlängert mit der Begründung, die Energieunabhängigkeit zu sichern. Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass Energiepolitik auch Sicherheitspolitik ist. Und so hat die Energieversorgung auch einen neuen Stellenwert bekommen. Denn mit diesen Verlängerungen will man den Blackout und dramatische Preiserhöhungen verhindern, die auch sozial- und sicherheitspolitisches Sprengpotenzial bedeuten. Belgien ist nun nach den Niederlanden ein weiteres Land, welches seine Pläne zum Atomausstieg überdenkt.

Um die Stromversorgung langfristig sicherzustellen, müssen wir deshalb weiterhin auf Kernenergie setzen können. Ansonsten wird sich die Energiekrise bei jedem Ausstieg aus einem der vier verbleibenden Kraftwerke weiter zuspitzen. Der optimale Strommix für die Schweiz setzt sich deshalb aus Atomkraft, einheimischer Wasserkraft und dem Ausbau von neuer erneuerbarer Energieproduktion zusammen. Wir müssen für neue Technologien, Entwicklungen und Innovationen offen sein. Insbesondere der Ersatz der heutigen Kernkraftwerke, inklusive Forschung, Investitionen und Innovation von neuen Kernanlagen, muss wieder möglich sein und gefördert werden.

Thomas Burgherr, Unternehmer, Nationalrat, Wiliberg AG

wieder in den Nationalrat

“Für die Zukunft der Schweiz ist es zentral, dass wir an unseren Erfolgsrezepten direkte Demokratie, Föderalismus, Milizprinzip und Unternehmertum festhalten.”

✓ unternehmerisch

✓ zuverlässig

✓ engagiert



Liste 1

Thomas Burgherr



Und Benjamin Giezendanner in den Ständerat!

www.thomasburgherr.ch

« Das aktuelle Zitat »

«Immer wieder wird behauptet, Kernkraftwerke seien zu teuer und kämen wegen der langen Verfahren ohnehin zu spät. Diese Ansicht ist überholt: Heute geht die Entwicklung in Richtung kleiner modular aufgebauter Reaktoren mit einer Leistung von max. 300 Megawatt. Sie werden in Fabriken vorfabriziert und am Standort innert rund 36 Monaten gebaut. In China sind bereits zwei heliumgekühlte Hochtemperaturreaktoren mit einer Leistung von je 105 Megawatt in der Provinz Shandong in Betrieb. In Kanada wird der Bau des BWRX-300 (mit 300 Megawatt) von General Electric-Hitachi vorangetrieben; er soll 2028 in Betrieb gehen. Mit Polen, den Niederlanden, Schweden, Estland etc. stehen die Verkaufsverhandlungen vor dem Abschluss.»

Dr. Irene Aegerter, Physikerin, ehem. Vizdirektorin des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen, Wollerau SZ, in der SZ vom 1.9.2023

«Es sagte»... Wettbewerb **LÖSUNG!**

Wir fragten, von welcher Persönlichkeit die folgende Aussage stamme:

**<<BUNDESBERN KOMMT
MIR VOR WIE EIN BIOTOP
FÜR VERHALTENSORIGINELLE
EXISTENZEN.>>**

Als Antwort standen zur Verfügung:

- A** Cédric Wermuth, SP-Co-Präsident;
- B** Ueli Maurer, alt Bundesrat;
- C** Roger Köppel, Nationalrat;
- D** Gregor Rutz, Ständeratskandidat.

Die richtige Lösung lautet:

- D** Diese Feststellung hat Ständeratskandidat Gregor Rutz im laufenden Wahlkampf mehrfach geäußert – auch vor der SVP-Delegiertenversammlung, die ihn im Kampf um den im Kanton Zürich freiwerdenden Ständerats-Sitz vorbehaltlos unterstützt.

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

Churz & Bündig

Der Erfindergeist von Klima-Ideologen ist grenzenlos. Er hat soeben einen Weg gefunden, Menschen, die sich als in jeder Beziehung gesund fühlen, als in Wahrheit krank einer staatlich verordneten Kurierung zuzuführen. Denn Gesundheit, sagen diese Ideologen, könne nicht einfach persönlich erfahren oder vermutet werden. Vielmehr sei durch «Experten» auf internationaler Ebene im Blick auf stattfindende Klima-Veränderung ein Zustand «planetarer Gesundheit» festzulegen. Wer diesem, von «ökologischen Belastungsgrenzen» ausgehenden Zustand nicht entspreche, sei durch die staatliche Obrigkeit einer «Behandlung» zuzuführen, die ihm vor allem beizubringen habe, dass der Anspruch auf persönlichen Besitz gravierendes Symptom einer schwerwiegenden Krankheit sei. Nur wer persönlichem Besitz freiwillig oder gezwungen gänzlich entsage, sei «planetarisch gesund».

Kommunismus in Reinkultur – einfach in grünem Gewand.

us

Alle bleiben

Im Schweizer Asylwesen gibt es einen neuen Trend: Die Gesuchsteller werden immer jünger. Im Jahr 2022 wurden 2'877 Gesuche von sogenannten unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) eingereicht. Fast alle waren männlich. Der Skandal dabei: Obwohl nur die wenigsten als Flüchtlinge anerkannt werden, dürfen praktisch alle bleiben. Wer in die Schweiz einreist und «Asyl» ruft, hat bereits gewonnen. Von den 2'877 UMA, die 2022 ein Asylgesuch eingereicht haben, erhielten bisher lediglich 115 Asyl. Nur gut einer von acht jugendlichen Asylbewerbern entspricht also den Anforderungen des Asylgesetzes und ist politisch verfolgt. Bei 36 UMA wurde das Asylgesuch abgelehnt. Auf acht Gesuche trat der Bund nicht ein, und bei 158 Personen wurde es abgeschrieben. 668 Verfahren sind noch hängig. Und was ist mit dem grossen Rest? Ganze 1'892 UMA erhielten die sogenannte vorläufige Aufnahme, aus der meist eine ewige Aufnahme wird.

Fazit: Wenn wir das Asylchaos unter Kontrolle bringen wollen, müssen wir die Praxis der vorläufigen Aufnahme stoppen und falsche Flüchtlinge konsequent ausschaffen. Das kann nur gelingen, wenn es bei den Wahlen vom 22. Oktober wieder eine bürgerliche Mehrheit gibt.

Philipp Gut

Dr. Philipp Gut, Inhaber einer Kommunikationsagentur, Autor zahlreicher historischer Werke und ehemaliger Chefredaktor, kandidiert auf der Liste der SVP im Kanton Aargau für den Nationalrat.

Am 22. Oktober 2x auf Ihre Liste

**Gut gewählt,
gut für uns**

PHILIPP GUT in den Nationalrat

In den Ständerat Benjamin Giezendanner

Intrigantenstadel bei der Ruag



Dass die dem verlogenen Intrigantenstadel bei der Ruag nicht gewachsene Brigitte Beck das Handtuch werfen würde, war abzusehen. Sie ist ein typisches Bauernopfer – für Frau Bunderätin Amherd, ihre Chefin. Mutmasslich waren ihre neutralitätskritischen Äusserungen als Chefin des bundeseigenen Rüstungsbetriebes identisch mit

Gesprächen, die sie mit ihrer Vorgesetzten geführt hat. Letztere wollte Schweizer Panzer an EU-Staaten liefern, die sie dann an die Ukraine weitergeben wollen.

Frau Amherd will auch in die Nato. Da sie mit ihrer Position im Bundesrat zumindest vor den Wahlen noch in der Minderheit ist, ihr Ziel aber weiterverfolgt, nahm die geschasste Chefbeamtin vielleicht an, durch ihr offenes, neutralitätswidriges Geplauder lieb Kind bei der Chefin zu werden. Nun hat die Mehrheit der üblicherweise «öffnungsfreundlichen» Medien auf Frau Beck eingedroschen. So ist sie eben ins Messer gelaufen und wurde fallengelassen. Wäre sie von den Medien als mutig hochgelobt worden, wäre sie geblieben, weil ein Teil des medialen Lobes dann auch ihre Chefin angestrahlt hätte. Die schäbige Intrige zeigt, welche Büchse der Pandora mit der

verfehlten Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland geöffnet wurde. Bei jeder Gelegenheit werden nun Diskussionen geführt werden, wie weit Neutralitätsverletzungen ausgereizt werden sollen. Auch bei mir entsteht Brechreiz, wenn Frauen im Iran vergewaltigt, gefoltert und totgeprügelt werden, weil sie das Kopftuch nicht tragen. Oder wenn Studenten, deren einziges Verbrechen darin bestanden hat, die Taliban zu kritisieren, besonders grausam an Kranauslegern stranguliert werden. Daraus zu folgern, wir müssten nun den Iran und Afghanistan boykottieren, ist dennoch falsch. Schon der Begriff Neutralitätspolitik kommt dem Versuch nahe, ein bisschen schwanger sein zu wollen, ohne ein Kind zu bekommen.

Aber entweder ist man neutral oder eben nicht. Und wenn wir aus übergeordneten Gründen (gute und humanitäre Dienste sowie freie Beziehungen zur ganzen Welt) glaubwürdig neutral bleiben wollen, dürfen wir niemanden boykottieren, auch keine Staaten, in denen Sadisten und Mörder das Sagen haben. Wenn die EU trotz dem Schweizer Wiederausfuhrverbot Waffen an die Ukraine weitergegeben und die Schweiz dagegen protestiert hätte, wäre – hier hat Frau Beck recht – gar nichts passiert. Aber so etwas hinauszuposaunen, ist eben unbedarft, wie unsere ganze «woke» und geschwätzigste Staatskommunikation.

Markus Eckstein, Goldach SG



Das aktuelle Interview mit Kantonsrat und Nationalrats-Kandidat Rémy Wyssmann

News aus den staatlichen Dunkelkammern

Herr Wyssmann, nachdem Sie das Bundesamt für Gesundheit zur Veröffentlichung der Impfstofflieferverträge gezwungen haben, haben Sie nun die Veröffentlichung eines geheimen Regierungsratsbeschlusses erwirkt. Worum geht es?

Rémy Wyssmann: Während der Budgetdebatte im Solothurner Kantonsrat Ende 2022 habe ich auf der Homepage des Kantons zufällig einen Regierungsratsbeschluss entdeckt, der als «nicht öffentlich» klassifiziert wurde. Gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, habe ich ein Zugangsgesuch gestellt. Weil ich lange nichts gehört habe, leitete ich bei der kantonalen Öffentlichkeitsbeauftragten ein Schlichtungsverfahren ein. Danach erhielt ich den Regierungsratsbeschluss innert 48 Stunden.

Was besagt dieser Regierungsratsbeschluss?

Kurz zusammengefasst will der Regierungsrat die Löhne «handverlesener» Spitzenbeamter «überprüfen». Handverlesen bedeutet: Direkt dem Regierungsrat unterstellt. Diese Löhne seien bis zu zehn Prozent zu tief im Vergleich zu andern Kantonen.

Was soll daran problematisch sein?

Wenn die Lohnerhöhung rückwirkend auf den 1. Januar 2023 erfolgen soll, ist das Ganze bereits beschlossene Sache. Von einer blossen «Überprüfung» kann keine Rede sein. Problematisch ist das Vorgehen auch, weil man nur 36 ausgewählte Spitzenbeamte mit einer massiven Lohnerhöhung von bis zu zehn Prozent privilegieren will; der grosse Rest des Staatspersonals soll sich mit einer Teuerungszulage von 1,5 Prozent begnügen – von der Bevölkerung ganz zu schweigen, die trotz steigender Lebenskosten grossenteils gar keinen Ausgleich bekommt.

Gab es im Kantonsrat dazu eine Debatte?

Ja, wir haben das Thema mit einer Interpellation bereits im Februar 2023 auf das politische Parkett gebracht. Weil die Lohnerhöhung rückwirkend auf den 1. Januar 2023 erfolgen soll, verlangten wir die dringliche Behandlung

des Vorstosses. Die Mehrheit des Kantonsrates hat dies jedoch abgelehnt.

Wie verlief die Debatte im Kantonsrat?

Ernüchternd. Die Regierungsratsparteien (SP, Grüne, Mitte und FDP) sahen kein Problem. Sogar die SP verteidigte die Erhöhung der sonst schon hohen Löhne der Spitzenbeamten. Ein SP-Kantonsrat ereiferte sich darüber, dass ich die Lohnerhöhung als «Günstlingswirtschaft» bezeichnet habe. Und der zuständige FDP-Regierungsrat verlangte eine kosmetische Sprachkorrektur: Seine Politik als oberster Personalchef sei nicht geheim, sie sei einfach «nicht öffentlich».

Was passiert nun als nächstes?

Derzeit läuft das zweite Schlichtungsverfahren gegen den Regierungsrat auf Herausgabe weiterer geheimer Zusatzdokumente. Mit Schreiben vom 21. Juli 2023 hat die kantonale Öffentlichkeitsbeauftragte den Regierungsrat aufgefordert, auch diese Unterlagen herauszugeben. Ich bin gespannt, ob sich die Geheimhaltungspolitik des Regierungsrates aufrechterhalten lässt. Denn diese hat nur ein Ziel: Noch mehr Ausgaben, noch mehr Stellen, noch mehr Steuern – bezahlt vom ausblutenden Mittelstand.

Das Interview führte Markus Rezzonico.



Sibylle Jeker-Fluri
in den Nationalrat
www.sibylle-jeker.ch

«Als politisch engagierte Frau vertrete ich eine moderate Ausrichtung. Ich vertrete die Anliegen der Bevölkerung bürgernah und befürworte wirtschaftlich tragbare Lösungen.»

SVP Die Partei des Mittelstandes
Liste 5
2 x auf Ihre Liste



Rémy Wyssmann
in den Nationalrat

2 x auf Ihre Liste

Rémy Wyssmann, der Nimmermüde: Er hat den Kanton nicht nur mit seiner Steuersenkungsinitiative auf Trab gehalten, sondern ist auch darüber hinaus einer der aktivsten Politiker. Rémy Wyssmann setzt sich insbesondere für mehr Transparenz beim Kanton ein, etwa bei der geplanten Erhöhung der Löhne des Topkaders der Verwaltung.

Raphael Karpf, Schweiz am Wochenende vom 19.8.2023

Liste 5 www.remy-wyssmann.ch

SVP Die Partei des Mittelstandes
SCHWEIZER QUALITÄT

Keine Verwässerung des Volkswillens: Verhüllungsverbot umsetzen!

Am 7. März 2021 wurde die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» von Volk und Ständen angenommen. Einige Ständeräte wollen die **Umsetzung des Volkswillens hintertreiben** und noch weiter hinauszögern. Statt eines griffigen Gesetzes, welches das Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum landesweit einheitlich durchsetzt, wollten sie Tür und Tor öffnen für 26 verschiedene Kantonslösungen.

Dieses Manöver ist Gott sei Dank in der Frühlingssession des Parlaments gescheitert. Nun liegt der Ball erneut beim Ständerat. Wir vom Egerkinger Komitee kämpfen mit Nachdruck dafür, dass der Volksscheid konsequent umgesetzt wird. Wir werden **nicht akzeptieren**, dass es an **Demos Ausnahmen für Vermummte** geben soll. Das Volk hatte sich klar und deutlich ausgedrückt: Schluss mit Burka und Niqab und Schluss mit vermummten Chaoten!



Walter Wobmann
Nationalrat, Präsident
Egerkinger Komitee

Vorstandsmitglieder des Egerkinger Komitees:

NR **Walter Wobmann**, Gretzenbach SO
NR **Therese Schläpfer**, Hagenbuch ZH
Anian Liebrand, Geschäftsführer, Ruswil LU
Grossrat Dr. **Patrick Freudiger**, Langenthal
Nils Fiechter, Oberwil i.S. BE
Roland Haldimann, Oberentfelden AG

Egerkinger
 **Komitee**

**Für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Ordnung
und des christlichen Abendlands**

Werden Sie Unterstützer des Egerkinger Komitees!

www.egerkingerkomitee.ch - Mitglied werden

- Ich möchte Unterstützer des Egerkinger Komitees werden (mind. Fr. 20.- pro Jahr).
 Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein zu.

Vorname Name

Strasse PLZ / Ort

E-Mail Telefon

Geburtsdatum Unterschrift

Ausschneiden und senden an: Egerkinger Komitee, 6000 Luzern oder per E-Mail: info@egerkingerkomitee.ch
Spenden auf PC-Konto 89-105410-9 | IBAN CH09 0900 0000 8910 5410 9



Wie Medien die öffentliche Meinung steuern Hinter feindlichen Linien



Wissenschaftlich bestätigt: Die Medienlandschaft ist bis auf wenige Ausnahmen links bis linksextrem. Die Journalisten sprechen tagtäglich zur grossen Mehrheit der politisch interessierten Stimmbürger. Wir lesen dadurch fast ausschliesslich einen linken Einheitsbrei. Durch die Reichweite haben die Kartellmedien eine unheimliche Macht.

Die Redaktionen können linke Wahlkampfthemen hochkochen. Beispiel: Die Schweiz ist nur für 0,1 Prozent vom menschengemachten CO₂-Ausstoss verantwortlich. Doch die Kartellmedien betreiben seit Jahren mit der «Klimakrise» Wahlkampf für die linken Parteien.

Gleichzeitig spielen die Journalisten für die Linken unliebsame Missstände herunter. So schreibt zum Beispiel der «Tages-Anzeiger»: «Die Massenschlägerei im Glattpark in Opfikon zwischen regimetreuen Eritreern und Regimekritikern hat ein Schlaglicht auf eine tief gespaltene Diaspora geworfen. Wie wird der Dialog zwischen den Lagern wieder möglich?»

Merken Sie es? Nicht das Asylchaos wird als Problem benannt. Es sei bloss eine Massenschlägerei. Und diese wirft auch nur ein «Schlaglicht» auf die rund 30'000 Eritreer im Schweizer Sozialsystem. Abgesehen von der Massenschlägerei sind die Eritreer gemäss Tages-Anzeiger dialogbereit. Wann fand denn der letzte Dialog zwischen den verfeindeten Lagern statt? Und warum sind Unterstützer des eritreischen Diktators überhaupt in der Schweiz? Die Medien müssten doch besorgt sein, dass übers Asylwesen eingewanderte Migranten ihren Konflikt, der nahe am Bürgerkrieg ist, nun auf Schweizer Boden austragen.

Von den wahren Problemen lesen wir in den Zeitungen nur wenig. Oder die Journalisten ziehen absichtlich die falschen Schlüsse. Wandern innerhalb eines Jahres (2022) über 180'000 Personen in unser Land ein, ist

es logisch, dass durch die Verknappung des Angebotes auf dem Wohnungsmarkt die Mieten massiv steigen. Doch die Schuldigen für die steigenden Mieten sind gemäss den Medien irgendwelche «Immobilien-Spekulanten». Das Stimmvolk hat es hoffentlich unterdessen begriffen und wird bei den eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober klar bürgerlich wählen.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Wieder

**in den
Ständerat
Jakob Stark**






**Stark für den Thurgau –
stark in Bern**

www.jakob-stark.ch



**DAS MÖBELHAUS
IM THURGAU**



HAUPTSTRASSE 68 | 8552 FELBEN-WELLHAUSEN
+41 52 765 20 30 | WWW.HUGOKELLER.CH

Unerträglich!

Rechtsfreier Raum Reithalle

von Thomas Fuchs, Grossrat und Präsident der SVP Stadt Bern

Die SVP verlangt seit jeher, dass die Stadt endlich Konsequenzen gegen die Gewalt zieht und den rechtsfreien Sumpf im Umfeld der Reithalle trockenlegt. Die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat (Parlament) sieht dies jedoch anders. Die Folgen der städtischen Kuschelpolitik gegenüber den kriminellen Handlungen tragen die Bürger, die Steuerzahler und die verletzten Kantonspolizisten.



Kürzlich fanden in der Stadt wiederum massive Ausschreitungen statt mit Ausgangspunkt bei der Reithalle. Grosse Sachbeschädigungen, Behinderungen des öffentlichen Verkehrs, aber auch verletzte Polizisten, waren die voraussehbaren Folgen. Ebenso wurde die im Eigentum des städtischen Bodenfonds stehende Liegenschaft am Zentralweg versprayt. Offenbar wollen linksanarchistische Kräfte anderen Personen so den Bezug selbst vergünstigter Wohnungen in der Lorraine verwehren. Dieses Verhalten erinnert an jenes südamerikanischer Gangs, die ihr Territorium vor dem Zugang Unberechtigter «schützen» wollen. Auch die Reithalle-Besetzer haben rote Linien gezogen, welche die Polizei nicht hätte überschreiten dürfen; sie montierten eine Sirene, die die Anwesenden vor einem Polizeieinsatz warnen soll.

Trotzdem lehnte der rot-grüne Stadtrat die Vorstösse der SVP wuchtig ab. Diese hatten mehr Kontrollen und mehr Polizeieinsätze verlangt. Gleichzeitig stimmte der Stadtrat gegen die Haltung der SVP den neuen Leistungsverträgen zu und akzeptierte somit die politische Diskriminierung Andersdenkender. Der Gemeinderat erklärte zudem, dass er keine Strafanzeige gegen die Verursacher einreichen werde. Die Motion, welche die Einreichung eines Strafantrags der Stadt gegen die Sprayer verlangt, wurde vom Ratsbüro als nicht dringlich erklärt. Dieses Signal an den linksalternativen Täterkreis ist verheerend.

Wie lange wollen die Bürgerinnen und Bürger von Stadt und Kanton dies noch tolerieren? Die SVP hofft, dass die Wählerinnen und Wähler endlich die Konsequenzen ziehen. Am 22. Oktober 2023 kommt dazu die Gelegenheit. Denn Wahltag ist bekanntlich Zahntag!

Thomas Fuchs






Beide je 2x auf
Liste 2

So wählen Sie richtig:

Janosch Weyermann

Sandra Schneider

in den Nationalrat

Wählbar im ganzen Kanton Bern!

Werner Salzmann wieder in den Ständerat!





Kanton Bern
Canton de Berne

Wahlzettel für die Nationalratswahlen 2023
Bulletin pour l'élection du Conseil national 2023

Liste Nr. / N° de liste: **2** Parteilbezeichnung / Parti: **Junge SVP** *Muster*

Kand.-Nr. / N° des candidats	Namen der Kandidatinnen und Kandidaten / Nom des candidats et candidates	Kand.-Nr. / N° des candidats
02062	Sandra Schneider	
02062	Sandra Schneider	
02038	Janosch Weyerermann	
02038	Janosch Weyerermann	



Kanton Bern
Canton de Berne

Muster

Wahlzettel
Ständeratswahlen vom 22. Oktober 2023
Bulletin
Élection du Conseil des États du 22 octobre 2023

1. **Werner Salzmann**

Wir brauchen Fachkräfte statt Nutzniesser

Es kommen zu viele und die Falschen

von Erich Hess, Unternehmer und Nationalrat, Bern

Die Schweiz hat die Kontrolle über die Zuwanderung verloren. Seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 wuchs das Land um 1,5 Millionen Personen an und somit zwanzig Mal schneller als Deutschland. Allein 2022 kamen insgesamt mehr als 180'000 Personen neu in unser Land. Das entspricht der Einwohnerzahl von Basel, der drittgrössten Schweizer Stadt.

Die Folgen spüren wir heute in allen Lebensbereichen: Verstopfte Strassen, überlastete Infrastrukturen, steigender Lohndruck, immer weniger bezahlbarer Wohnraum. Trotzdem beklagt die Wirtschaft einen Fachkräftemangel. Das beweist: Es kommen die falschen Ausländer! Vier von fünf Zuwanderern sind keine Fachkräfte. Die unkontrollierte Zuwanderung verschärft die Situation weiter: Die aktuellen Zahlen bedeuten, dass es u.a. zusätzlich über 81'000 Wohnungen, 1'400 Pflegekräfte und 700 Schulkassen braucht. Statt Fachkräfte, die einen Mehrwert für unser Land bringen, kommen in erster Linie Nutzniesser unseres grosszügig ausgebauten Sozial-, Renten- und Gesundheitssystems in die Schweiz. Sie profitieren vom ersten Tag an von Leistungen, ohne je adäquate Einzahlungen geleistet zu haben.

Noch schlimmer ist es im Asylwesen: Ende April 2023 befanden sich 127'000 Personen im Asylprozess, davon

16'000 im Kanton Bern. Durchgezwängt wird ihre Unterbringung in Kleinstgemeinden wie Heiligenschwendi oder Wolfisberg. Besonders perfide: Wurden zuvor ÖV-Verbindungen in diesen Randregionen gestrichen, sind diese wegen der Asylunterkünfte plötzlich wieder möglich. Heute gibt allein der Bund für den Asylbereich vier Milliarden Steuerfranken aus – mehr als für die Landwirtschaft. Die heutige Migrationspolitik macht die Schweiz ärmer. Profiteure sind Scheinasylanten, illegale Wirtschaftsmigranten und die Asylindustrie, welche sich an der Lage dumm und dämlich verdient. Nur die SVP wehrt sich gegen das Asylchaos und die Masseneinwanderung.

Nur mit einem Grossaufmarsch an die Urnen haben wir es in der Hand, unsere Ziele auch umzusetzen. Ich danke Ihnen, dass Sie am 22. Oktober 2023 im Kanton Bern und im ganzen Land SVP wählen – der Schweiz zuliebe!

Erich Hess

Ankunftszeit
Heure d'arrivée
Ora d'arrivo

ÜSI SCHWIZ
MINI HEIMAT

Ihr Nationalrat Erich Hess

Eine gute Wahl für Autofahrer, Musikliebhaber und echte Patrioten: Nationalrat Erich Hess!

Bestellen Sie die praktische Parkscheibe sowie die Hit-CD mit dem Erich Hess-Marsch «**ÜSI SCHWIZ – MINI HEIMAT**» kostenlos unter Telefon 079 302 10 09 oder per E-Mail hesserich@gmx.ch oder anhören auf www.erichhess.ch

Erich Hess

wieder in den **Nationalrat**

2x auf
Liste 1

KMU
geprüft
SVP/USAM

bisher

Herr von Ribbeck

Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland,
Ein Birnbaum in seinem Garten stand,

Und kam die goldene Herbsteszeit,
Und die Birnen leuchteten weit und breit,
Da stopfte, wenn's Mittag vom Turme scholl,
Der von Ribbeck sich beide Taschen voll,
Und kam in Pantinen ein Junge daher,
So rief er: «Junge, wiste 'ne Beer?»
Und kam ein Mädel, so rief er: «Lütt Dirn,
Kumm man röver, ick hebb 'ne Birn.»

So ging es viel Jahre, bis lobesam
Der von Ribbeck auf Ribbeck zu sterben kam.

Er fühlte sein Ende, 's war Herbsteszeit,
Wieder lachten die Birnen weit und breit;
Da sagte von Ribbeck: «Ich scheid' nun ab,
Legt mir eine Birne mit ins Grab.»
Und drei Tage drauf, aus dem Doppeldachhaus,
Trugen von Ribbeck sie hinaus,
Alle Bauern und Büdner mit Feergesicht
Sangen «Jesus meine Zuversicht»,
Und die Kinder klagten, das Herze schwer:
«He is dod nu, Wer givt uns nu 'ne Beer?»

So klagten die Kinder, Das war nicht recht -
Ach, sie kannten den alten Ribbeck schlecht;
Der neue freilich, der knausert und spart,
Hält Park und Birnbaum strenge verwahrt,
Aber der alte, vorahnend schon
Und voll Mißtraun gegen den eigenen Sohn,
Der wußte genau, was damals er tat,
Als um eine Birn' ins Grab er bat,
Und im dritten Jahr aus dem stillen Haus
Ein Birnbaumsprößling sproßt heraus.



*Theodor Fontane, deutscher Schriftsteller,
Journalist und Kritiker, 1819–1898*

Und die Jahre gingen wohl auf und ab,
Längst wölbte sich ein Birnbaum über dem Grab,
Und in der goldenen Herbsteszeit
Leuchtete's wieder weit und breit,
Und kommt ein Jung' übern Kirchhof her,
So flüstert's im Baume: «Wiste 'ne Beer?»
Und kommt ein Mädel, so flüstert's: «Lütt Dirn,
Kumm man röver, ick gen' di 'ne Birn.»

So spendet Segen noch immer die Hand
Des von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland.

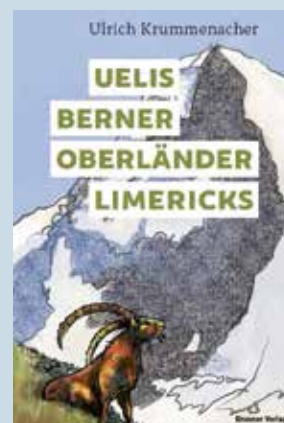
**Ein Steinbock aus dem Oberland
beguckte sich die Eigerwand.**

**«Diese wär bei schönen Wettern
etwas für mich zum Klettern.»**

Zuletzt er sie aber doch zu steil fand.

Der Autor **Ulrich Kruppenacher** hat für jede Gemeinde im Berner Oberland einen humorvollen Limerick entworfen. Der Limerick ist eine besondere Gedichtform, deren Alter und Herkunft nicht klar ist. Möglicherweise steht er im Zusammenhang mit der irischen Stadt Limerick. Der Limerick besteht aus fünf Zeilen, wobei die ersten zwei mit der letzten und die zwei mittleren unter sich reimen.

Limericks waren zuerst nur in Englisch bekannt. Die Gedichte haben weder einen realen Zusammenhang mit den Personen noch den Ortsnamen und bestehen meist aus völligem Unsinn. Genau deswegen machen sie Spass beim Lesen.



Uelis Berner Oberländer Limericks
Broschur, 120 x 180 mm, 114 Seiten
Rex Verlag Luzern
ISBN 978-3-03727-092-9

ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60



Sonnenaufgang bei Davos. Blick von der Alphütte von David Accola (s. Portrait Seite 40/41). Fürwahr: Wir dürfen in einem wunderbaren Land leben, aber wir müssen ihm Sorge tragen.

Büeze für d'Heimat

Sascha SCHMID **Mike EGGER** bisher

2X
am 22. Oktober auf Ihre Liste

in den Nationalrat

SVP
Schweizer Qualität
Die Partei des Mittelstandes
Liste 1

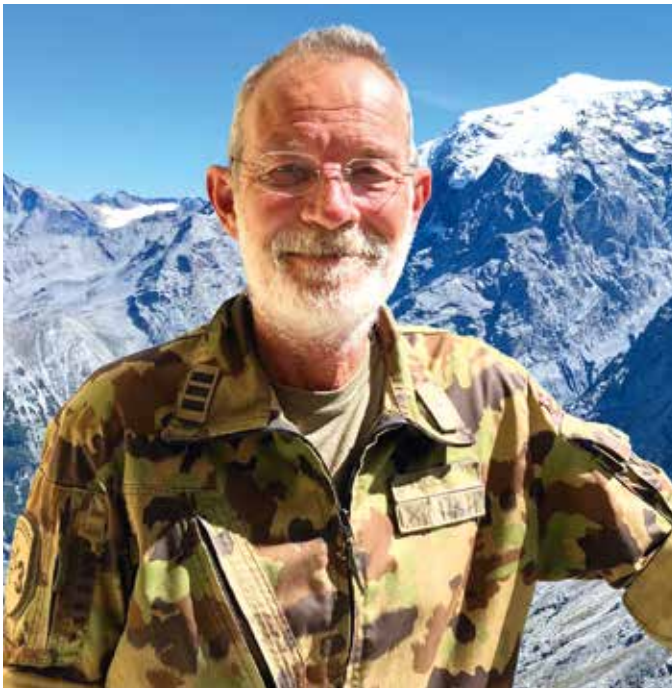


Vielfältige *SCHWEIZERZEIT-* Leserschaft



hf. Ich habe ihn kürzlich auf einer von Ulrich Schlüers militärhistorischen Reisen – diesmal an die wichtigsten Schauplätze der «Bündner Wirren» (1620–1639) – kennengelernt, wo er unsere Gruppe als kompetenter und humorvoller Reiseführer begeistert hat. David Accola ist ein Vollblut-Bündner mit Wohnsitz im hintersten Emmental, ein Berufsoffizier «alter Schule», ein besorgter Beobachter klimabedingter Auswirkungen und ein «Militärgeschichtler» (ohne dies universitär studiert zu haben). Zugleich ist er ein politisch zwar inaktiver, jedoch liberal-konservativ ausgerichteter Staatsbürger, ein toleranter Verfechter konstruktiv-kontroverser Diskussionen, ein Geniesser aller Künste – und er ist (O-Ton) «des Lebens froh». Eine interessante Mischung.

David Accola



David Accola (geboren 1963) wächst in Flims auf. Gemeinsam mit einem älteren Bruder prägen die im elterlichen Pfarrhaus gelebten und vermittelten Werte seine Jugend massgebend. Toleranz gegenüber Andersdenkenden ist selbstverständlich, wenn auch nicht unbegrenzt. Zuhören, nachdenken und dann möglicherweise begründet einer Ansicht entgegen – das ist regelmässiger Inhalt des gemeinsamen Mittag- und Abendessens. Oftmals sind diese Unterhaltungen politischer Natur, mehr noch aber sind es Gespräche, die man heute wohl der Anreicherung von «Allgemeinwissen» zuordnen würde. Geographie, Geschichte, Musik und bildende Künste, Literatur, Natur und selbstredend auch grundsätzliche Fragen zu einer ethisch-christlich geprägten Lebensgestaltung sind zentrale Themen der Familienrunde.

«Meine Mutter, 1934 in Holland geboren, brachte immer eine Aussensicht in die Gespräche ein. Als Mädchen, welches die damalige deutsche Besatzung und den Zweiten Weltkrieg in den Niederlanden er- und überlebt hatte, prägte sie mein Geschichtsbild nachhaltig. Mein Vater, 1928 in Davos geboren, fügte mit seinem universellen Wissen das Seine dazu. Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland – Ich

gehöre wohl zu jenen Glücklichen, die Jeremias Gotthelfs Leitsatz unbewusst aber ausgeprägt erlebt und verinnerlicht haben. Es ist aber nicht Gotthelf, sondern vielmehr der Liebe zuzuschreiben, dass ich 1991 eine Emmentalerin zur Frau bekam. Eine Frau, die mich bis heute in allem Möglichen und Unmöglichem vorbehaltslos unterstützt. Ihr Elternhaus in Eggiwil ist seit zwanzig Jahren unser Zuhause.»

Beruflicher Werdegang

Nach der Ausbildung an der Handelsmittelschule in Davos versucht der junge David Accola während einiger Jahre im bündnerischen Tourismus-Bereich Erfüllung zu finden – eine tolle und lehrreiche Erfahrung. Es ist die Zeit, als die «Cumpagnia Rossini» im damaligen Parkhotel Waldhaus das legendäre Esstheater «La Cena e pronta» auf die Bühne bringt. Als kreativ veranlagter Praktikant ist es Accola vergönnt, dieses Projekt sehr nahe zu begleiten und umzusetzen. «Das Beste aus dieser Zeit ist und bleibt aber die Begegnung mit meiner heutigen Frau.»

Tolle Erlebnisse während der militärischen Grundausbildung bringen ihn schliesslich dazu, den Beruf eines Instructors, zunächst der Gebirgsinfanterie in Chur, zu ergreifen. Massgeblich sind vorbildliche Vorgesetzte, vielleicht aber auch junge Kader, die diesbezüglich noch etwas «Luft nach oben» haben. Jedenfalls habe er diesen Entschluss nie bereut, und er erfülle diese Aufgabe, mittlerweile als Berufsoffizier unserer Armee und Oberst im Generalstab, noch bis Ende November dieses Jahres mit grosser Hingabe und Überzeugung. Dann gehe es in die «Frühpension».

33 Jahre zugunsten der Sicherheit und Freiheit der Schweiz

«Mein Leben diente während 33 Jahren der Sicherheit unseres Landes. Meine Laufbahn in Kurzform: Zehn Jahre Instruktor an Rekrutenschulen, zehn Jahre Generalstabsschule, acht Jahre «Bern», und die letzten Jahre als Stabschef der besten dreisprachigen Territorialdivision unserer Armee. Immer hatte ich mit Chefs zu tun, mit denen ich auf Augenhöhe arbeiten durfte. Der gegenseitige Respekt, die gemeinsame Anerkennung des beidseitigen Könnens und die klare Zuordnung der Verantwortung waren stets ausgeprägt. Auftragstaktik (klare Zielsetzungen aber viel Freiheit für den Weg zum Ziel) war keine Floskel, sondern eine Selbstverständlichkeit.»



Mit viel Engagement und Unterstützung durch Familie und Freunde hat sich David Accola seit 2000 für die Umsetzung des militärhistorischen Wanderwegnetzes auf dem Pass Umbrail eingesetzt.

Die derzeit entgegengesetzte Entwicklung verfolgt David Accola mit Besorgnis.

«Junge Verantwortungsträger wollen klare Zielsetzungen, aber viel Handlungsfreiheit beim Vorgehen. Natürlich ist dies mit Aufwand verbunden, und es birgt Risiken. Unsere Miliz-Kader scheuen diesen Aufwand nicht. Und zur Wahrnehmung der Verantwortung gegenüber Restrisiken braucht es dann auf der vorgesetzten Stufe die sprichwörtlich breiten Schultern. Persönlich wünsche ich mir die Rückkehr zur gelebten Auftragstaktik – aber die Kader und ihre Chefs müssten wieder entsprechend ausgebildet und ermutigt werden. Dies ist in der «Cover my ass»-Generation nicht ganz einfach.»

Faszination Militärgeschichte

Seit weit über vierzig Jahren fasziniert Accola Geschichte im umfassenden Sinn. Dazu gehört auch die Militärgeschichte. Und er stellt fest, «Kriegsgeschichtler» würden seitens angeblich berufener Historiker gerne als Ewiggestrige hingestellt. «Wenn angesehene Historiker Schriften zum «Mythos Rütli» veröffentlichten, ohne zuvor jemals am Ort des angeblichen Geschehens gewesen zu sein, mangelt es ihnen an Feingefühligkeit.» Auch wenn auf dieser Wiese wohl nie ein ewiger Bund beschworen worden sei, so sei doch die Wirkungsgeschichte für unser Land von unbestrittener Bedeutung.

«Im Rahmen meiner freizeithlichen «Forschung» versuche ich, diesem Umstand gerecht zu werden. Fakten sind das eine, Mythen und ihre Interpretation sind das andere. Letztere sind massgeblich von einem auch politisch beeinflussten Lebensbild beeinflusst. Ein Beispiel: Die Abfassung eines Artikels zur Russischen Revolution könnte seitens eines Kommunisten nicht entgegengesetzter sein als jene eines eher rechts orientierten Autors. Mag sein, dass das Interesse an Vergangenem, an der Scholle unserer Herkunft und insbesondere am Weg zum heutigen Dasein etwas antiquiert ist. Dennoch scheint es mir wesentlich,

dass wir wissen, was war, und warum es heute so ist. Die daraus resultierenden Erkenntnisse – was zu tun ist, um negativen Entwicklungen entgegenzutreten – überlasse ich gerne den politisch Verantwortlichen.»

Die bedauerliche Erfahrung, dass man aus der Geschichte leider nichts lernen wolle, betrachtet Accola mittlerweile als gegeben. Wer sich der Vergangenheit nicht annehme, könne die Zukunft nicht nachhaltig gestalten. «Ich bin mir nicht sicher, wie sattelfest aktuelle Kandidaten für den National- und Ständerat diesbezüglich sind; eine Befragung hätte wohl ein desaströses Resultat zur Folge.»

«Wie auch immer: Das fortlaufende Studium der Geschichte begeistert mich. Gerne vermittele ich mein bescheidenes Wissen im Rahmen von Exkursionen und Studienreisen. Sei es als Reisechef der Schweizerischen Gesellschaft für militärhistorische Studienreisen (www.gms-reisen.ch) oder aber als Initiant und Motor des Vereins Stelvio-Umbrail (www.stelvio-umbrail.ch), der sich für den Erhalt und die Dokumentation der Ereignisse während des Ersten Weltkriegs im Val Müstair und der dortigen Grenzregion einsetzt.»

In der Tat: Ich kann David Accola für solche Exkursionen, bei denen auch die Kultur und die Gastronomie nicht zu kurz kommen, bestens empfehlen. Er findet sofort und mehrsprachig mit allen Leuten Kontakt und begeistert mit Kompetenz und Witz.

Hans Fehr

Die Schweizerzeit-Agenda

Sonntag, 17. September 2023, 09.30 Uhr

Traditioneller Burezmorge

Buffet à discretion für Jung und Alt mit musikalischer Unterhaltung
Kosten Fr. 30.– (inkl. Musik), Kinder pro Altersjahr Fr. 1.–;
Info-Telefon 079 302 10 09, Thomas Fuchs
Bauernhaus Bienzgut, Bernstrasse 77, 3018 Bern; Tram Linie 7 Richtung
Bümpliz, Haltestelle Bümpliz Post

Mittwoch, 4. Oktober 2023, 18.30 Uhr

Toggenburger Lachfestival

«Nichts für schwache Lachnerven»: Esther Friedli präsentiert die Komiker Cony Sutter, Fredy Schär und Kiko. Vorab wird ein 3-Gang-Menü serviert.
Kosten Fr. 78.– (ohne Getränke); Frühzeitige Anmeldung erwünscht:
info@hausderfreiheit.ch
Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Freitag, 6. Oktober 2023

Tagesausflug in die Schweizergeschichte

Birr AG – Dorneck – Basel – Mülhausen – Bad Schinznach
Führung: Jürg Stüssi-Lauterburg; Begleitung: Ulrich Schlüer
Anmeldung an: Schweizerzeit, 8416 Flaach/ZH, Telefon 052 301 31 00,
E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Büchertisch

BESTSELLER



Angriff auf unser Bargeld

Warum ein Bargeldverbot vorbereitet wird, wer davon profitiert und wie Sie Ihr Vermögen davor schützen

Michael Brückner

Anstrengungen zu umfassendem Bargeldverbot sind innerhalb der EU im Gange. Darüber orientiert die Neuerscheinung von Michael Brückner – mit einem Plädoyer für Bargeld und freie, von der Obrigkeit nicht einsehbare Geldnutzung durch jeden Einzelnen.

Kopp, Rottenburg 2023, 208 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10



Die Schweiz ist anders

oder sie ist keine Schweiz mehr

Paul Widmer

Der ehemalige Botschafter Paul Widmer zeigt in einer gut hundertseitigen Broschüre prägnant, eindrücklich und zeitlos, was die Schweiz ausmacht und wie die Schweiz zu einem eigenen Staat eigenständigen Charakters geworden ist – geprägt auch von seiner Neutralität.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2023, 128 S., brosch., (Richtpreis Fr. 24.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 21.60



Wenn alles reisst – hält die Schweiz?

Krieg, Euro, Migration, Schulden, Inflation, Aufruhr, Geopolitik

Beat Kappeler

Der Autor nimmt profiliert Stellung zu den wichtigsten Herausforderungen, welche die Schweiz um ihres eigenständigen Überlebens willen zu bewältigen hat. Bisher gelang dies der Schweiz auf dem Fundament von Freiheit und Selbstverantwortung gut. Das Buch mündet in die Frage: Hat auch die heute bestimmende Generation den Willen und die Kraft zur Eigenständigkeit?

Stämpfli, Bern 2023, 127 S., geb., (Richtpreis Fr. 29.00)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10

AKTUELL



Generation Gleichschritt

Wie das Mitlaufen zum Volkssport wurde

Ralf Schuler

Erschreckend, wie sich Zivilcourage angesichts der von Medien und Rot-Grün orchestrierten, gehässig-totalitär lancierten Woke- und Gender-Ideologie oftmals wegduckt.

Allzu Wenige wagen es, sich dem Diffamierungsfeldzug entgegenzustellen. Ein neues Buch zeigt, was der Demokratie blüht, wenn erzwungener Gleichschritt die Meinungsfreiheit zu verdrängen vermag.

Fontis, Basel 2023, 235 S., geb., (Richtpreis Fr. 31.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 28.35



Demokratie mit Zukunft

Die Erschaffung der modernen Schweiz

Thomas Lötscher

Das Werk zum Jubiläumsjahr «175 Jahre Schweizer Bundesverfassung». Die Erschaffer der Bundesverfassung werden porträtiert. Die Wirkung der Durchsetzung einer freiheitlichen

Gesellschaftsordnung im funktionierenden Rechtsstaat wird ausführlich beleuchtet und kommentiert. Eine Mahnung, dass jede Generation Freiheit und Demokratie, Fundament des Schweizer Wohlstands, immer wieder neu bestätigen muss.

Weber, Thun/Gwatt 2022, 156 S., geb., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10



Staat – Macht – Geld

Modern Monetary Theory oder das Ende der schwarzen Null

Monika Stemmer

Sowohl mehrere EU-Staaten als auch die USA versinken buchstäblich im Schuldensumpf. Mit neuer Theorie (Modern Monetary Theory) wird behauptet, der Staat könne unbeschränkt Geld drucken, womit alle Schulden zu begleichen seien. Dass damit die Inflation existenzbedrohlich angekurbelt wird, klammern die Schuldenmacher aus. Setzen sie sich durch, droht insbesondere dem Westen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und monetärer Untergang.

Westend, Frankfurt/Main 2023, 207 S., brosch., (Richtpreis Fr. 30.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 27.45

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HEIMAT



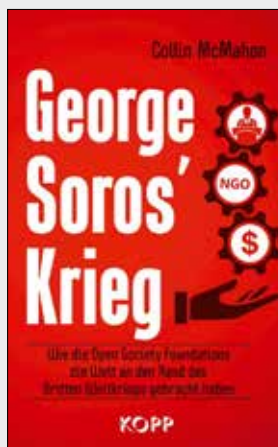
Das **Bundesratslexikon**

Urs Altermatt
Das aktualisierte Standardwerk präsentiert Kurzbiographien sämtlicher je der Schweizer Landesregierung als Bundesräte angehörender Persönlichkeiten. Ihre Leistungen und deren Auswirkungen werden kurz und prägnant vorgestellt.

Zu den eben erst zurückgetretenen, beziehungsweise noch regierenden Mitgliedern der Landesregierung beschränkt sich die Darstellung auf wenige Stichworte. Wer über früher regierende Bundesräte Bescheid wissen will, findet in diesem Lexikon alles Wissenswerte.

NZZ Libro, Basel 2019, 759 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 98.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 88.20

BUCHZEICHEN



George Soros' Krieg

Wie die Open Society Foundations die Welt an den Rand des Dritten Weltkriegs gebracht haben

Collin McMahon

Dass George Soros mit den ihm zur Verfügung stehenden Milliarden markant eingreift ins politische Geschehen, wird eigentlich kaum bestritten. Welche Wirkungen die Finanz-Interventionen von Soros auslösen, wird dem Leser in dieser aktuellen Recherche im Detail vorgelegt. Soros' Verbindungen zu Joe Biden, auch sein Einfluss auf den Ukraine-Konflikt, werden nicht ausgeklammert.

Diese Neuerscheinung ist starkem politischem Druck ausgesetzt. Wer sie ernst nimmt, wird als «Weltverschwörer» diffamiert. Nur wer sie im Original gelesen hat, kann sie auch sachgerecht beurteilen.

Kopp, Rottenburg 2023, 367 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.05

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Michael Brückner – Angriff auf unser Bargeld à Fr. 25.10
- Paul Widmer – Die Schweiz ist anders à Fr. 21.60
- Beat Kappeler – Wenn alles reisst – hält ... à Fr. 26.10

Aktuell

- Ralf Schuler – Generation Gleichschritt à Fr. 28.35
- Thomas Lötscher – Demokratie mit Zukunft à Fr. 26.10
- Monika Stemmer – Staat – Macht – Geld à Fr. 27.45

Heimat

- Urs Altermatt – Das Bundesratslexikon à Fr. 88.20

Buchzeichen

- Collin McMahon
George Soros' Krieg à Fr. 31.05

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(17/15.09.2023)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel-Nr.

Datum

Unterschrift



SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11 Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Stefan Millius und Ulrich Schlüer

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

29. September 2023

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegefeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Finanzen, Organisation: Cornelia Rick

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Unbequeme aber nötige Wahlhilfe

Im Begleitbrief zum aktuellen «Schweizerzeit»-Sonderdruck bringt Verlagsleiter Dr. Ulrich Schlüer einmal mehr Überlegungen zu Papier, die den Kern der Sache nicht besser widerspiegeln könnten. Er formuliert zentrale Kriterien, nach denen die Stimmbürger ihren Wahlentscheid fällen sollten:

«Klären Sie von jedem Kandidaten, von jeder Kandidatin, den/die Sie auf Ihre Wahlliste aufzunehmen bereit sind, sorgfältig ab: Verdient diese Person aus eigener Kraft, aufgrund eigener Leistung mindestens gleichviel, wie sie als gewähltes Mitglied des Eidgenössischen Parlaments an Entschädigung vom Bund erhalten würde? (...) Wer aus eigener Leistung ebenbürtige Entlohnung nicht erreicht, den dürfen Sie keinesfalls wählen.»

Als ich diese gleichsam unbequeme wie nötige Empfehlung in den sozialen Medien weitverbreitet hatte, kam dies einigen prompt in den falschen Hals. Ob wir etwa nur «Top-Verdiener» im Parlament haben wollten – und keine Büezer oder Angestellten, so der Tenor einiger erboster Kommentare. Deshalb tut eine präzisierende Erklärung wohl not.

Bei dieser Wahlempfehlung geht es natürlich nicht darum, dass nur Spitzenverdiener im Parlament vertreten sein sollen. Nicht der Betrag des Netto-Einkommens ist entscheidend. Viele erfolgreiche Unternehmer

lassen schliesslich einen grossen Teil des Erwirtschafteten in der Firma und investieren es – da ist es normal, dass das Nettoeinkommen auch mal (wesentlich) tiefer sein kann.

Es geht vielmehr darum, dass primär Leute gewählt werden, die das Mandat nicht wegen des Geldes nötig haben und keine Abhängigkeiten von diesen hohen Salären entwickeln. Denn genau dies ist doch das Problem bei so vielen Linken: Sie würden in der Privatwirtschaft nie so viel verdienen wie als Bundesparlamentarier. Deshalb tun sie alles, um diese Situation auch nie zu verändern. Wir aber brauchen Leute, die ausserhalb der Politik «gebraucht werden», jederzeit zurückkehren können und finanziell auch gut auf ihr Nationalrats- und Ständeratsmandat verzichten können.

Wir haben im Parlament zurzeit eine massive Übervertretung von linken Berufspolitikern und Staatsabhängigen. Unternehmersches Denken ist massiv untervertreten. Um diese verheerende Fehlentwicklung zu korrigieren, braucht es bei diesen Wahlen spürbare Änderungen. Selbstredend können natürlich auch Normalverdiener Existenzen aufgebaut haben, die ihnen ein Leben ohne politische Mandatsabhängigkeit ermöglichen – und deshalb wählbar sein.

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt**